



**Protokoll der 35. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 19. September 2018, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Peter Hausammann, Gemeinderat Christoph Keller,
Gemeinderat Romeo Küng, Gemeinderätin Irina Meyer

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

Traktanden

- 197 Mitteilungen
- 198 Protokoll der Sitzung vom 22. August 2018
- 199 Fragestunde
- 200 Verkauf Grundstück Nr. 50967, Sonnenhof-/Schaffhauserstrasse, an Twerenbold Service AG, zum Preis von 5,7 Mio. Franken
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Mitglieder des Kinderrats im Saal und auf der Galerie, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatsitzung. Wir haben heute viele Gäste und Zuschauer hier im grossen Bürgersaal. Ich freue mich über das rege Interesse an unserer Sitzung und der politischen Arbeit der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Nicht nur im Rat stehen wir zusammen, nein auch an ungewöhnlichen Orten wie bei der Friedenslinde zum Gebet anlässlich des eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettags am letzten Sonntag. Oder am letzten Freitagabend beim Fussballspiel zwischen dem FC Gemeinderat und dem FC Stadtverwaltung. Dieses sportliche Duell hat Tradition und ich freue mich besonders, dass dieses Mal wieder einmal das Glück auf der Seite der Gemeinderäte und ihrer Verstärkung war und der Pokal dank eines 5:3 Siegs nach Penaltyschiessen an den Gemeinderat zurückgeht. Sie sehen ihn hier vor sich. Ich gratuliere sehr herzlich zum unfallfreien und powervollen Gewinn der Trophäe unter der Führung des Captains Andreas Elliker.

Wir haben heute besondere Gäste unter uns. Zur Fragestunde habe ich mir erlaubt, auch den Kinderrat der Stadt Frauenfeld einzuladen. Sie sind meiner Einladung gefolgt und werden unsere Sitzung heute aktiv mitgestalten. Ich freue mich, dass Silas, Iris und Eden mitten unter uns sitzen und sich an der Fragestunde beteiligen.

Heute diskutieren wir auch den Antrag des Stadtrats zum Landverkauf an die Firma Twerenbold Service AG. Auch hier haben wir Gäste auf der Galerie, die sich als Betroffene vor Ort informieren wollen. Ich bitte Sie höflich darum, auch wenn viele Emotionen im Spiel sind, der Diskussion im Rat aufmerksam und ruhig zu folgen. Vielen Dank.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Artikel 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Tele Top hat heute die Erlaubnis vom Büro des Gemeinderats bekommen und wird heute Abend filmen.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass zu Beginn der Sitzung 34 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt im Moment 18.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Romeo Küng ist die Wahl eines Stimmenzählers für die heutige Sitzung notwendig.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir von der Fraktion SVP/EDU schlagen Herrn Andres Storrer vor.

Abstimmung

Gemeinderat Andres Storrer wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme für die heutige Sitzung als Stimmenzähler gewählt.

Die Tagesordnung wurde den Mitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

197

MITTEILUNGEN**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):**

1. Mit Beschluss Nr. 229 wurde am 4. September 2018 die einfache Anfrage von Gemeinderat Roman Fischer zum Thema „Verbesserung der Velorouten bei Anlässen und Baustellen“ durch den Stadtrat beantwortet.
2. An Ihren Plätzen liegen als Tischaufgabe die Reihenfolge zur heutigen Fragestunde, die Einladung zum Welt-Demenz-Tag am Freitag 21. September sowie die Broschüre ITA zum nationalen Tag der älteren Menschen vom 1. Oktober auf. Wie gehabt sind alle herzlich eingeladen, die Unterlagen mitzunehmen. Wer sie nicht möchte oder schon hat, darf sie am Platz liegen lassen.
3. Gemeinderat Roman Fischer hat eine einfache Anfrage mit dem Titel „Stand der Verbesserungen für den Veloverkehr im und ums Zentrum der Stadt Frauenfeld“ eingereicht.

198

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 22. AUGUST 2018

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Das Protokoll der 34. Sitzung des Gemeinderats wurde am 11. September 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen, Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, 22. August gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

199

FRAGESTUNDE

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Gemäss Art. 47 Abs. 2 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat sind innerhalb der erforderlichen Frist 25 Fragen eingegangen. Sie werden vom Stadtrat in der Reihenfolge gemäss Tischaufgabe beantwortet. Zusätzlich haben wir drei Fragen vom Kinderrat erhalten, auch diese wird der Stadtrat beantworten. Da die Kinder nach ihren Fragen von mir wieder entlassen werden, wird es eine kurze Unterbrechung geben, bevor wir mit den Fragen des Gemeinderats weiterfahren. Danke für euer Verständnis. Ich rufe jeweils den Fragesteller auf und bitte euch, kurz und prägnant eure Frage zu stellen. Anschliessend hat die fragstellende Person gemäss Art. 47 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Möglichkeit, eine Ergänzungsfrage zu stellen.

Silas Hardegger (Kinderrat): Das jetzige Hallenbad ist für ältere Kinder und Jugendliche nicht so attraktiv. Bekommt der Kinderrat die Möglichkeit, beim neuen Hallenbad Ideen einzubringen?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Zuerst lieber Silas, ganz herzliche Gratulation, wie du das gemacht hast. Das können nicht alle hier drin so gut machen. Mach so weiter. Die Frage ist ja dann nur noch, in welcher Partei du weitermachst. Aber ich finde das toll, auch von deinen Kolleginnen und Kollegen, dass ihr die Jugend vertretet. Jetzt kommt aber meine Arbeit.

Ganz herzlichen Dank für diese berechtigte und sehr sinnvolle Frage und auch für das Mitdenken bei unserem Hallenbadprojekt. Im Rahmen eines grossen Architekturwettbewerbs planen

derzeit viele Architekturbüros den Neubau unseres Hallenbads. Dabei müssen die Wettbewerbs- teilnehmer viele Vorgaben einhalten, welche ihnen von ganz verschiedenen Seiten her gemacht worden sind. Zum Beispiel Wasserflächen, Sicherheit, Garderoben, Ökologie, Verkehrserschlies- sung, aber eben auch Attraktivität für Kinder und Jugendliche, Familien, aber auch für uns, die älteren Menschen. Bei der Ausarbeitung dieser Vorgaben wurden auch Ideen von Kindern und Jugendlichen aus einer in Frauenfeld durchgeführten UNICEF-Befragung mitberücksichtigt. So müssen zum Beispiel die Architekturbüros gegenüber dem heutigen Zustand grössere Wasserflä- chen sowie zwei neue attraktive Indoor-Rutschen einplanen. Da sind wir also schon ein bisschen entgegengekommen. Vorgaben mussten aber leider auch betreffend Kosten und Wirtschaftlich- keit gemacht werden. Bei der Stadt Frauenfeld ist das genau gleich wie bei dir auch, das Geld ist in der Regel knapp, also muss man halt auch irgendwo verzichten. Und verzichten mussten wir im Bereich der Sprungtürme und des Sprungbeckens. Denn das ist recht teuer, weil es tief ge- baut werden müsste. Im Freibad stehen aber weiterhin Sprungbretter zur Verfügung. Die Som- mer in Frauenfeld sind ja immer länger und dann kann man dort springen. Gern sind Amtsleiter Fabrizio Hugentobler und ich bereit, einmal eine Delegation des Kinderrats zu empfangen, dass Hallenbad anzuschauen und neue Ideen entgegenzunehmen. Über einen Besuch bei uns und über spannende neue Inputs würden wir uns sehr freuen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Silas, bist du zufrieden mit der Antwort, ist das gut?

Silas Hardegger (Kinderrat): Ja.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Sehr gut. Dann darfst du dich wieder hinsetzen.

Iris Eigenmann (Kinderrat): Ich finde, dass das Huben-Quartier zu wenige öffentliche Abfall- eimer hat. Wie wird bestimmt, wo die Abfalleimer platziert werden?

Stadtrat Urs Müller (CH): Auch ich bedanke mich ganz herzlich für diese Frage. Diese fällt in den Zuständigkeitsbereich des Werkhofs. Ein neuer Standort eines Abfallkübels wird in der Regel nach folgenden Kriterien festgelegt: Die Strassenverbindungen werden analysiert und wenn möglich ein Kreuzungspunkt bevorzugt, damit gleich zwei Strassenachsen abgedeckt werden können. Dann auf Anregung von Anwohnern und Spaziergängern, dann auch aufgrund der Feststellung von Verschmutzung und Littering an einer besonderen Stelle und schliesslich auch noch auf die Beobachtung der Werkhofmitarbeitenden hin. Zurzeit sind rund 385 Abfalleimer auf dem Stadtgebiet aufgestellt. Diese dienen der Entsorgung des Handabfalls. Das heisst, was man halt gerade so hat, sei das ein Taschentuch, ein Kaugummi oder was auch immer, damit dies nicht auf der Strasse landet. Die Kübel werden teilweise täglich, im Minimum einmal pro Woche geleert. Und jede Leerung kostet den Steuerzahler zwischen 20 und bis zu 50 Franken. 50 Franken wenn es ein Abfalleimer an einem entfernten Ort ist, beispielsweise beim Stählibuck- turm. In diesen Kosten sind die Arbeitszeit, das Fahrzeug und die Entsorgungskosten enthalten. Du siehst also, das Geld spielt eine Rolle wie schon bei der Beantwortung der vorherigen Frage zum Hallenbad. Das Geld ist in diesem Rat immer ein Thema. Leider werden viele Abfallkübel aber auch missbraucht, um Haushaltskehricht darin gratis zu entsorgen. Das ist klar nicht die Idee. Dieses wird beobachtet und allenfalls werden solche Kübel entfernt. Somit werden die Standorte also laufend durch den Werkhof überprüft.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Iris, bist du zufrieden mit der Antwort oder möchtest du noch etwas wissen von Herrn Müller?

Iris Eigenmann (Kinderrat): Nein, es ist okay.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank, dann darfst auch du dich wieder hinsetzen. Dann darf als drittes nun Eden noch seine Frage vortragen.

Eden Bruderer (Kinderrat): Es werden ja immer wieder die Spielplätze erneuert und wir vom Kinderrat wollten einmal fragen, ob mal jemand dabei mitreden kann, wenn man sie erneuert und verbessert, dass auch der Kinderrat einmal seine Ideen wahr werden lassen kann, dass es auch für die Älteren attraktiver wird.

Stadtrat Urs Müller (CH): Auch dir Eden besten Dank für diese Frage. Sie fällt ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich des Werkhofs. Neben dem ordentlichen Unterhalt und den Kontrollen werden Spielplätze jährlich gemäss BFU, das ist die Beratungsstelle für Unfallverhütung, überprüft und wenn nötig werden Spielgeräte repariert oder ausgewechselt. Die Spielplätze sind so geplant, dass Spielgeräte für die verschiedenen Kinderalter vorhanden sind. Für Kleinkinder hat es am meisten Spielgeräte, das ist so, für die Jugendlichen sind es vor allem auch die Hartplätze. Bei Ersatz eines einzelnen Spielgeräts sieht der Werkhof keine Möglichkeit zur Mitplanung. Da sind die Vorgaben von Fallräumen, Ausmassen der Spielgeräte, eben der Altersbenützung gegeben und die Erneuerungskosten budgetiert. Viele Spielplätze der Stadt wurden in den letzten Jahren erneuert. Beim Neubau des Spielplatzes Haselweg haben bereits Kinder mitgewirkt, aus dem Quartierentwicklungsprojekt Ergaten-Talbach. Damals gab es den Kinderrat noch nicht. Bei Umbauten und Neubauten von Spielplätzen wird der Werkhof gern auch den Kinderrat miteinbeziehen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank Urs Müller für die Beantwortung. Eden, bist du zufrieden mit der Fragenbeantwortung?

Eden Bruderer (Kinderrat): Ja, ich denke, ich weiss, was ich wissen muss.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Gut, so lobe ich es mir doch. Du darfst auch wieder Platz nehmen. Ich möchte mich ganz, ganz herzlich bedanken für euer engagiertes und mutiges Mitmachen bei der heutigen Fragestunde. Ihr habt das ganz toll gemacht und einen Applaus und etwas Süsses verdient. Ich wünsche euch jetzt noch einen schönen Abend. Normalerweise gibt es in diesem Raum keinen Applaus, darum ist das eine Aufforderung von mir gewesen. Wir begrüssen jetzt auch Gemeinderat Robin Kurzbein, somit sind wir 35 Gemeinderäte und das absolute Mehr beträgt immer noch 18. Wir fahren nun weiter mit der Fragestunde wie gehabt, es gibt nur eine kleine Änderung. Stadträtin Christa Thorner muss heute die Sitzung leider früher verlassen, deshalb muss ich zuerst Gemeinderat Thomas Gemperle bitten, seine Frage zu stellen. Anschliessend hat dann Gemeinderat Michael Pöll und dann Gemeinderätin Salome Scheiben das Wort. Die weiteren Fragesteller halten sich bitte gemäss Liste bereit.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Stadträtin Christa Thorner hat in der Gemeinderatssitzung vom 22. August bei der Beantwortung der Interpellation betreffend „Steigende Asyl- und Sozialhilfekosten“ gesagt, dass sie aus einigen Nachbargemeinden keine Antwort erhalten hätte. Ich habe mir erlaubt, bei der Gemeinde Gachnang direkt anzufragen und erfahren, dass diese per Mail am 17. März geantwortet hatten. Das Mail liegt mir vor. Vielleicht hat die Antwort nicht gefallen, jedenfalls die Unterstützungspauschale in Gachnang beträgt 11 Franken pro Tag für eine erwachsene Person inklusive Kleidergeld, bei Kindern entsprechend weniger. Frauenfeld bezahlt mit dem um 20 % reduzierten SKOS-Betrag mehr als doppelt so viel wie Gachnang. Den genauen Vergleich zwischen der kantonalen Empfehlung bzw. dem noch tieferen Gachnang und der hohen Auszahlung in Frauenfeld bleibt der Stadtrat weiterhin schuldig. Bei der Beantwortung der Interpellation wurde zwar erwähnt, was bezahlt wird, aber wo genau die Unterschiede liegen nicht. Meine Fragen:

1. Warum kann Gachnang sogar tiefere Sätze zahlen als die Empfehlung des Kantons und somit die Attraktivität im Vergleich zu Frauenfeld weiter reduzieren, während bei der Beantwortung der Interpellation vom Stadtrat behauptet wurde, die kantonale Empfehlung sei rechtsverbindlich? Ich habe diverse Juristen gefragt. Niemand konnte die Behauptung des Stadtrats nachvollziehen.
2. Es gibt offenbar eine laufende Revision der Unterstützungsrichtlinien. Ist hier ein Systemwechsel angedacht, damit die ausgezahlten Beträge zumindest nicht höher als die kantonalen Empfehlungen ausfallen?

Stadträtin Christa Thorner (SP): Gemeinderat Gemperle, Ihre Frage hat mich erschreckt, als ich sie gelesen habe. Es war mir bis dato nicht bekannt, dass Gachnang auf diese Umfrage geantwortet hat. Wir sind diesen Sachverhalt dann nachgegangen, und darum erlaube ich mir, kurz den Hergang dieser nicht berücksichtigten Antwort zu schildern. Die Umfrage wurde durch das Sekretariat des Amtes für Soziale Dienste lanciert im März dieses Jahres und um Antwort bis zum 14. März gebeten. Am 15. März lag nach dreimaliger telefonischer Nachfrage bei der Gemeinde Gachnang bei uns noch keine Antwort vor, wonach noch einmal eine E-Mail erfolgte mit der Bitte um direkte Antwort an den Amtsleiter, weil die Sekretärin tags darauf in die Ferien verreiste. Sie reiste wie gesagt am 16. März und die Antwort von Gachnang traf am 17. März ein an die Sekretariatsmitarbeiterin, aber nicht an den Amtsleiter, wie gebeten wurde. Am 3. April kam die Sekretariatsmitarbeiterin wieder aus den Ferien zurück und bedankte sich per Mail – das liegt auch vor – bei Gachnang, dass die Antwort sogar während der Ferien des dortigen Zuständigen erfolgt sei. Aber was nicht weitergeleitet wurde, war diese Antwort von Gachnang an den Amtsleiter, weil sie davon ausging, dass das bereits geschehen sei. So kam es, dass die Mitteilung von Gachnang leider nicht in die Zusammenstellung aller Rückmeldungen aufgenommen worden ist. Dafür entschuldigen wir uns und das tut uns leid. Jetzt zu den inhaltlichen Fragen:

Erste Frage, warum Gachnang tiefere Ansätze zahlen könne: Gemäss der nun vorliegenden Rückmeldung von Gachnang unterstützt Gachnang entsprechend den kantonalen Richtlinien mit den Tagesansätzen, wie wir es auch in der IP-Beantwortung Seite 7 erwähnt haben, mit 11 Franken Tagespauschale, und das ist eine wichtige Nennung, die Tagespauschale für Erwachsene und Kinder von 5 - 7 Franken je nach Alter. Das Zitat aus den Empfehlungen des Kantons kann vielleicht erklären: "Es ist den Gemeinden überlassen, die empfohlene Tagespauschale zu übernehmen oder ihre eigenen Pauschalen zu bestimmen, solange sie nicht unter den kantonalen Empfehlungen liegen." Mit diesen 11 Franken liegt Gachnang nicht unter diesen kantonalen Empfehlungen der Tagespauschale. Wo sich Gachnang unterscheidet, ist, dass sie anstatt des Taschengelds eine Entschädigung für die Beschäftigung und für Kurse, die die Leute besuchen, ausrichten. Da können die Leute maximal 150 Franken verdienen. Wenn man das umrechnet, sind das auch etwa 3 Franken pro Tag plus. Wie auch immer, zur ersten Frage, wie Gachnang das machen kann: Unserer Meinung nach liegt Gachnang nicht unter den Richtlinien, weil sie die Tagespauschale übernehmen. Aber nun die Juristen, die Sie angefragt haben: Gemäss unseren telefonischen Rückfragen, die wir nochmals getätigt haben, und zwar beim kantonalen Rechtsdienst des Departements für Finanzen und Soziales, also der ersten Rekursstelle, würden im Rekursfall die Empfehlungen als Referenz genommen. Konkret wird der Einzelfall geprüft. Und die Verhältnismässigkeit muss gegeben sein. Aber was immer noch aussteht, ist ein Leitentscheid bezüglich möglicher Unterschreitung. Da können wir nichts sagen. Es liegt mir aber fern, die Unterstützungspraxis einer anderen Gemeinde hier hinsichtlich ihrer rechtlichen Korrektheit zu beurteilen. Es trifft zu, und das haben wir in der Interpellation auch beschrieben, wie unsere Unterstützung verläuft und wie sie angesetzt ist.

Zur zweiten Frage: Im Rahmen der Revision der Richtlinien, die jetzt in Überarbeitung sind, wird die Fürsorgebehörde die Unterstützungsbeiträge an Personen im Asylbereich überprüfen und sie werden angepasst werden. Das ist nicht nur angedacht, sondern es wird vom Departement auch

so vorgeschlagen. Im Rahmen des Sparprogramms Balance in den stadtinternen Massnahmenpaketen hat das Departement vorgeschlagen, die Ansätze zu reduzieren und wird das auch in den Richtlinien der entscheidbefugten Fürsorgebehörde diesen Herbst unterbreiten. Das System des prozentualen Abzugs aber werden wir nicht ändern, weil wir dieses System des Kantons mit den Tagesansätzen als zu aufwendig beurteilen, was im Endeffekt die Stadt teurer käme. Fazit: Die Ansätze werden reduziert werden, die Kompetenz liegt bei der Fürsorgebehörde, der Antrag des Departements besteht und die Beibehaltung des Systems der Auszahlung beantragen wir beizubehalten.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Vielen Dank für die Beantwortung. Die kantonale Empfehlung ist eine Tagespauschale von 11 Franken plus 3 Franken Kleidergeld, also total 14 Franken und die 11 Franken in Gachnang sind inklusive Kleidergeld. Das ist der Unterschied und darum ist Gachnang unter der kantonalen Empfehlung, weil das Kleidergeld bereits bei diesen 11 Franken eingerechnet ist. Ich habe keine weitere Nachfrage.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Ich habe mich im Frühling in einer kleinen Anfrage erkundigt, was die Poller an der Industriestrasse 14 gekostet haben. Im Zusammenhang mit dieser Frage habe ich mich auch danach erkundigt, ob so eine Pollerlösung für die Begegnungszone in der Altstadt denkbar ist. Ich wohne in dieser Altstadt mit vielen anderen Leuten auch und vor allem während der Woche hat man so ein bisschen den Eindruck, dass das Nachtfahrverbot mehr als eine unverbindliche Empfehlung interpretiert wird und unsere Nachtruhe wird regelmässig gestört. Für eine gewisse Zeit wurde dieser Zustand besser. Ich gehe davon aus, dass dies damit zusammenhängt, dass während der Sperrzeiten von Hand Tafeln beim Eingang aufgestellt wurden, dass man nicht mehr durchfahren kann. In den letzten Wochen ist es wieder schlechter geworden, und wie ich in den letzten Tagen festgestellt habe, wurde offenbar unterdessen eine der schweren Tafeln mit Rädern versehen, damit man es wieder einfacher machen kann. Das Ganze hinterlässt bei mir aber den Eindruck einer provisorischen Lösung. Daher meine Fragen an den Stadtrat:

Mich würde es interessieren, wie weit der Stadtrat bei seinen Abklärungen zu einer Pollerlösung am Eingang der Begegnungszone schon fortgeschritten ist.

Die zweite Frage ist, ob man nicht formlos und zeitnah auch übers Unterhaltsbudget, wie man es bei der Industriestrasse machen konnte, am Eingang der Begegnungszone Poller aufstellen könnte.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Eine Pollerlösung am Eingang der Begegnungszone ist nicht so einfach zu handhaben wie bei der Industriestrasse 14. In der Zürcherstrasse verlaufen diverse Werkleitungen auf unterschiedlichen Niveaus. Für einen allfälligen Einbau von Pollern braucht es zunächst eine Gesamtplanung für die Gestaltung des Strassenraums in der Altstadt, Stichwort Begegnungszone Freie Strasse, ein entsprechender Planungskredit wurde allerdings letztes Jahr abgelehnt. Im Rahmen dieser Gesamtplanung ist dann auch zu prüfen, wie die Zufahrt gesteuert werden kann. Die Kosten sind so zu erwarten, dass es sich nicht einfach über ein Unterhaltsbudget abwickeln lässt, sondern dass es in die Investitionen gehört und wie gesagt, es gehört in eine Gesamtplanung.

Was die Tafeln an der Einfahrt zur Begegnungszone betrifft, so wurden und werden diese von einem Stadtmitarbeiter nur am Wochenende, nicht jedoch unter der Woche aufgestellt. Deshalb gibt es unter Umständen Unterschiede zwischen dem Wochenende und der Woche.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Ich möchte noch gern eine Nachfrage stellen. Ich nehme zur Kenntnis, dass der unbefriedigende Zustand während der Woche noch weiterdauern wird. Kann man irgendeinen Zeithorizont nennen, wann sich in dieser Sache etwas bewegen wird?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Das ist abhängig davon, ob ein Planungskredit durch den Gemeinderat genehmigt wird. Wir haben im Sinn, wieder mit einem solchen Antrag zu kommen.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Auch bei der zweiten Frage geht es um dieses Gebiet, und zwar dreht sich die Frage um die Strassenplanung der Grabenstrasse zwischen Postkreisel und Himalaya. Es ist so, dass die Bewohner der Altstadt, welche ich schon vorhin erwähnt habe, ein bisschen in einem Sandwich sind. Auf der einen Seite haben wir die Altstadt mit ihren vielen Aktivitäten, auf der anderen Seite haben wir eben diese Grabenstrasse. Die Aktivitäten in der Altstadt sind etwas, wo ich denke, dass man das in Kauf nehmen muss, wenn man an einem solchen Ort wohnt. Es ist auch etwas, was sicher dazu beiträgt, dass die Altstadt belebt ist und bleibt, wie sie es auch jetzt ist. Was aber in den letzten Jahren stark störend und ein grosses Ärgernis war, sind die lärmgetunten Autos, die immer wieder diesen Abschnitt der Grabenstrasse zwischen Postkreisel und Himalaya als Imponiermeile missbrauchen. Im Moment fällt diese Lärmquelle weg, weil es dort eine Baustelle hat. Die Durchfahrt ist verunmöglicht, jetzt ist es spürbar ruhiger für die Leute, welche in der Altstadt wohnen. Es ist zwar jetzt so, dass man pünktlich um 7 Uhr von dieser Baustelle geweckt wird unter der Woche und auch am Samstag um 7 Uhr, weil die Ausschalarbeiten der Betonierarbeiten anfallen, aber das ist demnächst auch vorbei und in einem Jahr dürfte die ganze Baustelle vorbei sein und der Lärm von dieser Seite ist auch weg. Ich frage mich jetzt einfach, ob dann der Lärm wieder durch die getunten Autos ersetzt wird. Darum meine Fragen:

Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Begegnungszone auf den Abschnitt von der Grabenstrasse zwischen Postkreisel und Himalaya auszudehnen?

Kann sich der Stadtrat vorstellen, dass Zufahrtsregime, welches jetzt herrscht, wo man nur vom Himalaya her in die Grabenstrasse fahren kann, auch nach Abschluss der Baustelle beizubehalten?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die letzte Frage kann ich klar mit Nein beantworten. Der Stadtrat hat nicht im Sinn, das jetzt herrschende, nur baustellenbedingte Zufahrtsregime so aufrechtzuerhalten, sondern es wird wieder eine Einbahnstrassenregelung vom Postkreisel hergeben. Die Liegenschaften in diesem Gebiet haben analog allen anderen Liegenschaften in der Stadt das Recht auf Zufahrtsmöglichkeiten, diese sind jetzt aufgrund der Baustelle natürlich nicht gegeben, aber das ist ein vorübergehender Zustand, den wir nicht zu einem dauernden machen wollen.

Allerdings, und das dann vielleicht zur ersten Frage, eine langsamverkehrsfreundlichere Gestaltung des Abschnitts Grabenstrasse, die wohl auch eine verkehrsberuhigende Wirkung haben wird, ist vorgesehen. Welche Form ist jedoch noch offen.

Gemeinderätin Salome Scheiben (CH): Als ich meine Frage formulierte, war der Zustand noch ein bisschen ein anderer, deshalb ist sie jetzt ein bisschen überholt. Meine Frage geht zur Belegung der Innenstadtbegegnungszone, diese liegt mir am Herzen und ich habe immer wieder gesehen, dass das Lokal, wo Weltbild drin war, leer steht, und habe mich gefragt, ob die Stadt daran ist, mit dem Vermieter etwas zu unternehmen, damit dieses Lokal wieder genutzt wird, Stichwort Zwischennutzung. Vor einigen Tagen habe ich gesehen, dass es jetzt wieder einmal ein Optikergeschäft gibt. Ich wünsche mir natürlich sehr, dass die Innenstadt belebt wird und ich hoffe auch, dass das mit einem Optikergeschäft möglich ist. Nichtsdestotrotz meine Frage:

Wie ist die Stadt in Kontakt, wenn so ein Geschäft leer steht. Ich habe jetzt vor allem von der Zürcherstrasse 161 gesprochen, welche jetzt wieder besetzt ist, aber ich freue mich trotzdem über die Antwort.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die meisten Liegenschaften in der Altstadt sind ja in Privatbesitz, nur gerade das Redinghaus gehört der Stadt. Es obliegt darum auch den Eigentümern, wie und an wen sie die Liegenschaften vermieten. Die Stadt kann hier nur beratend und vermittelnd einwirken, sie tut das allerdings auch. Zum einen führen wir eine Liste über die Leerstände, die wir selbstverständlich immer wieder mit den uns zugänglichen Informationen abgleichen, diese sind nicht immer ganz aktuell, bis hin dass wir bei den Eigentümern anrufen und fragen, wie es steht. Und wir versuchen auch, aktiv entsprechende Nutzungen vielleicht möglich zu machen. Unter anderem versuchen wir das in Zusammenarbeit mit der IG Fit.

Im vorliegenden Fall hat das Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung bereits 2017 Kontakt mit dem Eigentümer aufgenommen und seine Dienste angeboten, diese wurden allerdings nicht in Anspruch genommen. Wie Sie gesagt haben, ist es aktuell so, dass das Ladenlokal noch dieses Jahr neu genutzt werden wird und wir einander alle noch ein bisschen besser sehen können.

Gemeinderätin Salome Scheiben (GP): Vielen Dank für die Antwort. Ich freue mich sehr, dass man in Kontakt ist. Man kann die Leute ja auch nicht zu ihrem Glück zwingen. Es wurde ja vor einem Jahr bereits eine ähnliche Frage hier gestellt und auch im Anschluss daran wurde noch eine Frage dazu gestellt von Gemeinderat Robin Kurzbein wegen der Liegenschaftsstrategie, dies bezüglich würde ich gern wissen, was Stand der Dinge ist.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich nehme auch diese Frage gern auf. Ich habe mich in diesem Jahr intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Beim Stichwort Liegenschaftsstrategie habe ich festgestellt, darunter können ganz viele verschiedene Sachen verstanden werden. Auf übergeordneter strategischer Ebene ist dies eine Strategie bezüglich der Liegenschaften in der Stadt, das ist der Zonen- und der Richtplan. Das ist die Vision, das ist, wohin es mit der Stadt insgesamt gehen soll, vermittelt also das grosse Ganze. Dieser Zonenplan ist ja seit dem Jahr 2011 gültig. Und jetzt, wo der Richtplan angepasst worden ist, ist vorgesehen, dass der Zonenplan in der nächsten Legislatur angegangen und überarbeitet werden soll. Auf untergeordneter operativer Ebene heisst Liegenschaftsstrategie, was man mit einem einzelnen Gebäude punkto Nutzung und Unterhalt im Sinn hat. Das hat ja bei uns direkten Einfluss auf das Budget. Gegenwärtig wird hier der Zustand der städtischen Liegenschaften erhoben, allen voran derjenige im Verwaltungsvermögen, aber auch einiger im Finanzvermögen, um daraus die objektbezogene Strategie für jedes einzelne Gebäude festzulegen. Dies wird Anfang nächstes Jahr abgeschlossen sein. Dann liegt dazwischen die taktische Ebene. Was wollen wir insgesamt mit den städtischen Liegenschaften und Gebäuden, ob diese nun im Finanz- oder im Verwaltungsvermögen sind? Diese Taktik wird nächstes Frühjahr erarbeitet werden unter Einbezug der dann zumal neu gewählten Stadträtinnen bzw. Stadträte.

Gemeinderätin Sandra Kern (CH): Ich habe einmal Informationen zu einem ganz anderen Gebiet gesucht und habe nicht viel gefunden, daher meine Frage. Es geht um die Wirtschaftsförderung. Gemäss Legislatorschwerpunkten des Stadtrats hat diese einen sehr hohen Stellenwert und es heisst, dass neben Bemühungen zur Vernetzung und Aufrechterhaltung der Wirtschaft auch explizit das Bestreben von aktiven Rahmenbedingungen für neue Ansiedlungen gefördert wird. Dies ist auch so auf der Homepage der Stadt Frauenfeld zu lesen. Es ist nur ein Satz, ich zitiere ihn: „In Ergänzung zur kantonalen Wirtschaftsförderung unternimmt die Stadt Frauenfeld verschiedene Anstrengungen, um die lokale und regionale Wirtschaft zu fördern und neuen Unternehmungen die Ansiedlung zu erleichtern. Im Geschäftsbericht 2017 sind nebst Unterstützung in der Vernetzungsarbeit jedoch keine solchen Bemühungen herauszulesen. Darum meine Frage: Was kann man sich sonst noch unter diesen verschiedenen Anstrengungen vorstellen?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für diese Fragen betreffend den verschiedenen Anstrengungen, ich werde diese gern beantworten. Die Anstrengungen in der Wirtschaftsförderung sind tatsächlich vielfältiger Natur. Die Vernetzung besteht zum Beispiel in der Vermittlung von Landflächen, von leerstehenden Gebäuden und Geschossflächen, wie vorher gerade das Beispiel Innenstadt/Altstadt aufgezeigt hat, und aus dem regelmässigen Besuch von ansässigen Unternehmen. Der Chef des Amts für Stadtentwicklung und Standortförderung und ich gehen miteinander zu Betrieben und reden mit den CEOs darüber, was sie bewegt, wo wir ihnen allenfalls Unterstützung geben können, wo wir allenfalls etwas von ihnen brauchen. Solche Gespräche finden auch statt. Der Erfolg für kleinere Ansiedlungen lässt sich nur schwer messen. In der Regel finden keine direkten Rückmeldungen an die Stadt statt. Ansiedlungsinteressenten werden bei Bedarf aber gern eng begleitet, das haben wir gezeigt im Zusammenhang mit Sky-Frame 2013, das haben wir gezeigt mit dem Projekt Agro Food Innovation Park 2014 und 2015. Das zeigen wir jetzt auch im Zusammenhang mit der Ansiedlung Twerenbold. Zudem wirkt die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv auf eine gezielte Ansiedlung oder Nutzung hin, zum Beispiel leerstehender Flächen in der Altstadt. Darüber hinaus, und das sind dann auch die weiteren verschiedenen Anstrengungen, hat sich zum Beispiel auch der Tag der Frauenfelder Wirtschaft unter wesentlicher Mitarbeit der Stadt als ausserordentlich beliebter Anlass entwickelt, an welchem sich das Gewerbe und die städtische und regionale Wirtschaft treffen. Zudem wird die Start-up-Förderung unterstützt. Da gibt es Veranstaltungen für Jungunternehmer oder auch das Co-Working. Standortförderung ist meistens auch Wirtschaftsförderung. Als Beispiele, wo die Stadt aktiv ist, kann ich Marketing und Auftritt an Messen wie Frühjahrsmesse, Tischmesse, Publikationen, Inserate, Tourismus, Weihnachtsbeleuchtung, Innenstadtentwicklung sowie ergänzende Anlässe wie Winzer-, Herbst- und Erntefeste erwähnen. Da gibt es also verschiedene Sachen. Wirtschaftsförderung und Standortförderung gehen da Hand in Hand.

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Die Einwohnerzeitung frauenfeld.ch erscheint viermal jährlich, unter anderem ist sie heute bei mir in den Briefkasten geflattert. Die Hintergrundgeschichten, die in diesem Blatt jeweils zu finden sind, bringen aus meiner Sicht einen Mehrwert und machen in einem solchen Format absolut Sinn. Für mich stellt sich allerdings die Frage, ob diese Inhalte nicht kostengünstiger und mit grösserer Reichweite in der Frauenfelder Woche abgedruckt werden könnten. Daher meine Frage: Kann sich der Stadtrat eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Frauenfelder Woche und eine Einstellung von frauenfeld.ch, also dem Blatt vorstellen?

Stadtrat Anders Stokholm (FDP): Die Frauenfelder Woche ist zwar das amtliche Publikationsorgan der Stadt Frauenfeld, ist aber ansonsten eine unabhängige Wochenzeitung, die sich vorwiegend mittels Inseraten finanziert. Auf die redaktionellen Inhalte der Frauenfelder Woche hat die Stadtverwaltung keinen Einfluss, und das soll auch so sein. Denn nur so kann die Frauenfelder Woche ihre Funktion als unabhängige Zeitung wahrnehmen und die Öffentlichkeit offen und transparent über das Geschehen in und um Frauenfeld informieren. Demgegenüber ist die Stadtzeitung ein Publikationsorgan der Stadt Frauenfeld und erscheint vierteljährlich, hat also eine ganz andere Kadenz und wird vollumfänglich von der Stadt bezahlt. Die Inhalte werden von einem fünfköpfigen Redaktionsteam festgelegt und produziert, dabei wird darauf geachtet, dass eben dem Leser, der Leserin ein Mehrwert geboten wird, den Sie uns ja auch attestieren. Wir legen aber auch Wert darauf, dass Geschichten aus unserer Stadt drin stehen, die sonst vielleicht nirgendwo erscheinen würden. Und obwohl die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Frauenfelder Woche und auch anderen Zeitungen sehr gut ist, ist eine Vermischung von Frauenfelder Woche und Stadtzeitung nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Die Stadt schreibt in der Frauenfelder Woche bereits heute regelmässig Kolumnen, die aber angefragt worden sind, Stadtrat direkt, Altersböxli und solche Geschichten. Die Frauenfelder Woche aber zusätzlich mit Texten, wie sie in der Stadtzeitung erscheinen, zu beliefern, würde den Rahmen sprengen und wäre auch kostenpflichtig. Ausserdem wäre das auch gegenüber anderen Zeitungen höchst unfair, denn sicherlich hätten zum Beispiel auch die Frauenfelder Nachrichten oder die Thurgauer Zeitung Interesse an spannenden Primeuren aus der Stadtverwaltung. Eine grössere Reichwei-

te würden wir mit der Platzierung der Beiträge in der Frauenfelder Woche nach unserem Ermessen ebenfalls nicht erreichen, da die Frauenfelder Woche und die Stadtzeitung in alle Haushalte hier in Frauenfeld geliefert werden.

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Vielleicht noch eine Bemerkung wegen der Reichweite: Das hat für mich auch damit zu tun, was dann effektiv gelesen wird, aber ansonsten danke ich.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP): Meine Frage geht um den Punkt Kosten für parlamentarische Vorstösse, die den Ratsmitgliedern gemäss Geschäftsreglement Art. 42ff zustehen. 2017 wurden gesamthaft 11 einfache Anfragen, 4 Interpellationen und 2 Motionen beantwortet. Im Geschäftsjahr 2018 sind bis Anfang September 12 einfache Anfragen und 2 Interpellationen eingereicht worden. Meine Frage an den Stadtrat: Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten gemessen in Zeit und Franken, die ein parlamentarischer Vorstoss verursacht?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Gerne beantworte ich Ihre Frage. Die Stadtverwaltung hat kein Projektzeiterfassungssystem, weshalb die Beantwortung auch nur grob geschätzt angegangen werden kann. In einigen Fällen müssen die Informationen für die Beantwortung zuerst zusammengetragen werden, was dann entsprechend zeitaufwendiger ist, in anderen liegen die Informationen vor und es ist vor allem die Arbeitszeit, die investiert werden muss. Man kann davon ausgehen, dass für eine einfache Beantwortung einer einfachen Anfrage von einem Zeitaufwand von 4 bis 5 Manntagen, also etwa 2'500 Franken ausgegangen werden muss. Darin enthalten ist der Aufwand für die Erarbeitung, für das Aktenstudium, die Behandlung im Stadtrat nicht zu vergessen sowie den administrativen Aufwand. Nicht enthalten sind Kopierkosten und das Porto. Für umfangreichere Beantwortungen beträgt der Aufwand gern und schnell einmal 10'000 Franken. Aber einen Durchschnittswert zu beziffern, ist aus den genannten Gründen nicht möglich. Diese Zahlen decken sich auf anderem Niveau übrigens mit der Beantwortung einer ähnlichen Frage auf kantonaler Ebene, dort hiess es 8'000 Franken für einfachere Anfragen und bis zu 20'000 Franken bei komplizierteren.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Meine erste Frage richtet sich nicht nur an den Stadtrat, sondern indirekt auch an die geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die uns gleichzeitig auch im Grossen Rat vertreten. Die Frage lautet: Wie gestaltet der Stadtrat die Zusammenarbeit mit anderen Städten innerhalb und ausserhalb des Kantons zur Durchsetzung städtischer Interessen gegenüber der kantonalen und nationalen Politik, die ja, wie wir wissen, tendenziell eher ländlich geprägt ist. Ich denke da an die Zusammenarbeit im Grossen Rat, gemeinsames Lobbying, Mitgliedschaft in Vereinigungen wie zum Beispiel der Städtekonferenz Mobilität usw.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für diese Frage, die ich gerne beantworte. Es gibt hierfür tatsächlich unterschiedliche Möglichkeiten, Sie haben sie fast schon alle aufgezählt. Ich selber als Stadtpräsident treffe mich mehrmals jährlich mit den Stadtpräsidenten – jetzt heisst Weinfelden bald auch Stadt – der anderen fünf grossen Gemeinden im Kanton und wir besprechen ganz spezifische städtische Anliegen gegenüber anderen Gemeinden und auch gegenüber dem Kanton. Als Mitglied des Grossen Rats setze ich mich dafür ein, dass die spezifischen Probleme der Städte in der kantonalen Politik berücksichtigt werden, seien das Fragen der Finanzen, der Zonen- und Richtplanung, des Sozialwesens und auch der Verkehrspolitik. Sowohl ich als auch die übrigen Stadträte haben Einsitz in kantonalen und nationalen Gremien in je ihrem Fachbereich. So hat die Städtekonferenz, welche Sie genannt haben, diverse spezialisierte Konferenzen im Bereich Finanzen, Sicherheit, Soziales, Verkehr, Stadtplanung, Energie, da gibt es also verschiedene Formen der Zusammenarbeit. Die sind auf nationaler Ebene dafür besorgt, die städtischen Anliegen zu vertreten und auch einzubringen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Vielleicht eine kurze Nachfrage: Gibt es im Grossen Rat bei uns im Thurgau eine institutionelle Form der Zusammenarbeit im Sinn einer Parlamentariergruppe Stadt?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Nein das gibt es nicht.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Die nächste Frage lautet: Welche unüberbauten Grundstücke mit mindestens 3000 m² Fläche, auf denen eine Wohnnutzung zulässig ist, besitzt die Stadt aktuell?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für die Frage, auch hier kann ich gern antworten. Allerdings muss ich sagen, es gibt einige Grundstücke, wo Wohnnutzung zwar zulässig ist, aber nicht bei allen ist sie auch die sinnvolle Nutzung des ganzen Grundstücks. Acht Grundstücke gibt es, worauf Wohnnutzungen zulässig wären. Das ist im Wiesler in Gerlikon, das ist Riet Wellhauserweg, das ist das Grundstück südlich der Alterssiedlung Kesselstrasse, das ist das Grundstück an der Sonnenhofstrasse, wo jetzt HGW am Planen ist, das ist das Grundstück am Pflanzschulweg, über das wir später reden werden, und es sind zwei Grundstücke, auf denen gegenwärtig andere Nutzungen sind, aber die sich vielleicht später eignen würden, Gaswerkstrasse Werkhof und Rüeeggerholz. Zudem, und das ist vielleicht noch interessant, werden in den nächsten Jahren bis 2030 ja auch Areale der Armasuisse freigespielt, die sich teilweise vielleicht für Wohnnutzung eignen und bei denen die Stadt dann mit den Bundesbehörden entsprechende Projekte anstossen kann.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wir begrüßen auch Christian Mader zur Sitzung. Es sind somit zurzeit 36 Gemeinderäte anwesend, absolutes Mehr ist 19.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH): Ich habe versucht, mich in die Arbeitenden der Stadt zu versetzen und kenne von Kloten her ein Qualitätsmanagement, welches sich Kaizen nennt. Ich habe mich gefragt, ob die Stadt Frauenfeld in dieser Richtung auch etwas hat. Meine Frage lautet konkret: Nach welchen Leitlinien erfolgt das Qualitätsmanagement in den städtischen Departementen und welche Vor- und Nachteile sieht der Stadtrat in einem departementsübergreifenden kontinuierlichen Verbesserungsprozess wie zum Beispiel Kaizen oder Lean Management?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für diese Frage, die ich auch gern beantworte. Der Stadtrat hat in seinen Legislatorschwerpunkten 2015-2019 die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems vorgesehen. Aus finanziellen Gründen haben wir dieses erst dieses Jahr wirklich auch geplant. Wir werden einen departementsübergreifenden kontinuierlichen Verbesserungsprozess einführen. Der Beginn ist allerdings noch ausstehend, dieser wird also erst Ende Jahr sein. Die Umsetzung wird dann doch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir nehmen nicht an, dass es Nachteile haben wird, sondern nur Vorteile. Wir versprechen uns von der Dokumentation und Vereinheitlichung der Prozesse auch eine Verbesserung unserer Steuerungsmöglichkeiten. Nicht nur unsere, sondern auch diejenigen der Involvierten. Und das Prozesscontrolling ermöglicht dann auch den kontinuierlichen Verbesserungsprozess dort, wo Fehler auftreten, diese bearbeitet und wieder in den Prozess eingespielt werden können. Davon erwarten wir einen grossen Nutzen.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH): Einfach aus Interesse oder Gwunder: Hat das Management einen Namen?

Stadtrat Anders Stokholm (FDP): Unser Management hat keinen Namen.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH): Die zweite Frage lautet: Gibt es eine Anlauf- oder Ombudsstelle für 1. städtische Mitarbeitende bei arbeitsrechtlichen Fragestellungen und Konflikten

am Arbeitsplatz und für 2. Personen aus der Bevölkerung, welche Probleme mit einem Entscheid der Stadtverwaltung haben?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Gerne beantworte ich diese Frage. Für arbeitsrechtliche Fragestellungen und Konflikte am Arbeitsplatz steht unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das städtische Personalamt als neutrale Anlaufstelle mit Rat und Tat zur Seite, bei Mobbing, sexueller Belästigung oder Diskriminierung am Arbeitsplatz gibt es zusätzlich externe Anlaufstellen. Diese Anlaufstellen und weitere Informationen sind auf einem entsprechenden Merkblatt festgehalten, welches den Mitarbeitenden am Anfang ihrer Arbeitstätigkeit zugestellt wird, wird aber natürlich auch zur Verfügung gestellt, falls man es verlegt haben sollte. Bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Besoldung kann man sich an die paritätische Besoldungsbegutachtungskommission wenden. Gemäss Besoldungsreglement setzt sich diese aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen zusammen, zurzeit sind dies aus dem Gemeinderat Barbara Dätwyler Weber und Ursula Duewell sowie zwei Personen aus der Arbeitnehmerschaft. Die Stadt Frauenfeld hat keine Ombudsstelle für allgemeine Anliegen aus der Bevölkerung. Wir sind der Auffassung, dass unsere Stadtverwaltung eine Grösse hat, welche die Schaffung einer solchen Stelle nicht rechtfertigen würde. Wenn jemand mit einem Entscheid ein Problem hat, haben wir zum einen die Rechtsmittel, zum anderen stehen aber auch Stadträte und Stadträtinnen und unsere Mitarbeitenden für ein klärendes Gespräch zur Verfügung, so nach dem Motto: Geht dir der Rat aus, komm ins Rathaus. Tönt gut und das wird auch so gelebt von unserer Seite her und, wie wir feststellen, auch von der Bevölkerung her. Es kommen immer wieder Leute vorbei mit einem Anliegen. Die Hürde eines Rekurses beim Stadtrat ist relativ klein, zudem können sämtliche Entscheide natürlich über mehrere Instanzen hinweg weitergezogen werden. Das Thema war auch auf kantonaler Ebene einmal gegeben. Im Grossen Rat des Kantons Thurgau wurde die Schaffung einer Ombudsstelle schon mehrfach abgelehnt, letztmals am 27. Juni 2012.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH): Mir fällt auf, dass auf Facebook diese Möglichkeit häufig genutzt wird und ich frage mich, wie gut das ist.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Da kann man geteilter Meinung sein. Ich persönlich, Sie wissen es, gebe Antwort, versuche immer, sachgerechte Antworten zu geben, dort wo ich den Eindruck habe, dass über eine Information nicht verfügt wird. Unsere neue Informationsbeauftragte Frau Cornelia Trefzer nimmt auch Fragen auf. In der Zeitung, die wir heute in den Haushaltungen haben, hat sie auch eine solche Frage aus Facebook aufgenommen und die Antwort dazu jetzt auch öffentlich publiziert. Wir sind vorsichtig, aber ich denke mit einem gesunden Mass an Einflussnahme dort, wo es möglich ist.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank. Somit ist der Stadtpräsident Anders Stokholm auch entlassen. Die nächsten elf Fragen werden von Stadtrat Urs Müller beantwortet.

Gemeinderat Roman Fischer (GP): Ich habe vier Fragen, drei davon zu meinem Thema Velo. Velos in der Einbahn Freie Strasse: Seit dem 1. Januar 2016 sind Einbahnstrassen im Normalfall für Velos und Motorfahräder auch in der Gegenrichtung zu öffnen. Für die Anpassung bestehender Einbahnstrassen gilt eine Übergangsfrist von vier Jahren. So steht das in der Signalisationsverordnung des Bundes. Meine Frage: Beabsichtigt die Stadt – ob mit oder ohne Budget für eine Umgestaltung der Freistrasse –, den Velos und E-Bikes das Befahren des Bankplatzes und der Freie Strasse von der katholischen Kirche bis zur Kirchgasse und dann weiter bis zum Rathausplatz ab spätestens dem 1. Januar 2020 zu gestatten? Und wenn nicht warum nicht?

Stadtrat Urs Müller (CH): Die Rechtslage ist uns selbstverständlich bekannt. Die Situation zur Öffnung der Freie Strasse für Velofahrende in Richtung Rathausplatz wurde bereits geprüft. Andere Einbahnstrecken übrigens auch und es wurde womöglich bereits geöffnet. Eine Öffnung

der Einbahn in der Freie Strasse für Velos in Richtung Rathausplatz erachten wir aber als zu gefährlich. Die Sicht um die Ecke bei der Firma Habersaat ist mit der jetzigen Situation nicht gegeben. Ein Velounfall ist auch bekannt. Zudem sind wir der Meinung, dass in diesem Gebiet ganz viele respektive genügend alternative Routen zur Verfügung stehen.

Gemeinderat Roman Fischer (GP): Dann habe ich noch eine Nachfrage. Was gäbe es für Mittel, diese Kurve zu entschärfen?

Stadtrat Urs Müller (CH): Ich spreche nochmals die bereits erwähnte Umgestaltung Freie Strasse an. Da ist natürlich die Möglichkeit, dass man anderweitig Raum gewinnt und so auch eine andere Linienführung machen könnte für eine Veränderung der Situation dort. Aber nochmals, das Hauptargument unsererseits ist, dass wirklich genügend gute alternative Routen zur Verfügung stehen.

Gemeinderat Roman Fischer (GP): Himalaya bergwärts für Velos öffnen: Das Befahren der Oberstadtstrasse ist von der Grabenstrasse her hinauf zur Zürcherstrasse, den Himalaya, nur für Busse gestattet. In Spitzenstunden verkehren 16 Busse in beiden Richtungen auf diesem Strassenabschnitt. Das heisst, während mindestens 30 bis 45 Minuten pro Stunde liegt diese zentrale Verkehrsfläche zwischen Bahnhof und Altstadt abgesehen von talwärts rollenden Velofahrenden brach. Die Velos müssen bergwärts grosse Umwege über die Rheinstrasse inklusive zweimaliger Querung der Gegenfahrbahn oder über die Grabenstrasse in Kauf nehmen, E-Bikes sogar über die Zeughausstrasse. Nun meine Frage: Ist die Stadt bereit, die Idee der IG Velo Frauenfeld, den Himalaya für Velos und E-Bikes auch bergwärts zu öffnen, zu prüfen, eventuell inklusive einer Lichtsignalanlage bei Busverkehr oder an einem angebauten Steg für die Fussgänger, damit die Velofahrenden auf das bestehende Trottoir ausweichen können? Wenn nein warum nicht?

Stadtrat Urs Müller (CH): Auch diese Situation wurde bereits beurteilt. Hier kann ebenfalls aus Sicht- und aus Platzgründen keine genügende Sicherheit gewährleistet werden. Es bestehen ebenfalls hier sichere und angenehmer zu fahrende Alternativen. Eine Lichtsignalanlage oder ein Steg mit Auskragung auf die Grabenstrasse ist kostenintensiv. Wie es aussehen würde unten von der katholischen Kirche her, beurteile ich jetzt nicht. Zudem sind Mischverkehrsflächen zwischen Fussgängern und Velos aus Sicherheitsgründen wenn überhaupt nur dann sinnvoll, wenn wenig Fussgänger verkehren, was hier aber offensichtlich ja nicht der Fall ist. So hebt beispielsweise auch die Stadt Zürich, nachzulesen im Tagesanzeiger vom 14. September, aktuell sämtliche Mischverkehrsflächen auf.

Gemeinderat Roman Fischer (GP): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich sprach nicht von einer Mischverkehrsfläche. Meine Nachfrage betrifft die Rheinstrasse. Ist der Umweg über die Grabenstrasse und die Vorstadt wirklich attraktiv?

Stadtrat Urs Müller (CH): Auf Suggestivfragen gehe ich nicht ein.

Gemeinderat Roman Fischer (GP): Die Veloquerung der Rheinstrasse: Was hat die Stadt für mittelfristige oder langfristige Pläne, die Querung der Rheinstrasse zwischen Murg- und Eisenbahnstrasse einerseits und dem Bahnhofplatz andererseits für Velos und E-Bikes sicher zu gestalten, diese Lücke im regionalen Radweg zu schliessen und den Veloverkehr vom motorisierten Individualverkehr und ÖV zu entflechten?

Stadtrat Urs Müller (CH): Diese Frage wurde zum letzten Mal in der Fragestunde vom 16. November 2016 durch Gemeinderat Christoph Keller gestellt. Die damalige Beantwortung hat immer noch ihre Gültigkeit. Die Querung der Rheinstrasse auf der Höhe des Bahnhofplatzes wird immer eine Herausforderung darstellen. Es dürfte allen bekannt sein, dass an diesem Ort sämtliche Verkehrsträger den Kreuzungsbereich beanspruchen. Es fahren die Stadt- und Regionalbus-

se sowie die Frauenfeld-Wil-Bahn aus und ein, der motorisierte Individualverkehr verkehrt auf der Rheinstrasse und mündet gleichzeitig von der Eisenbahn- und der Murgstrasse ein, der Velofahrer sucht sich den Weg, und der Fussgänger quert über zwei Fussgängerstreifen. Mit einer Umgestaltung der Rheinstrasse zusammen mit dem Strasseneigentümer, dem Kanton, wird versucht, diese Situation zu verbessern, das vielleicht auch zur vorherigen Frage der Attraktivität der Rheinstrasse. Muss allerdings davon ausgegangen werden, dass weiterhin alle Verkehrsbeziehungen angeboten werden müssen, sind nur kleine Verbesserungen möglich. Im Rahmen des Konzepts Mobilität 2030 wird ein Betriebs- und Gestaltungskonzept erarbeitet. Auf diesem basiert dann das Umgestaltungsprojekt und die Umsetzung ist gemäss Mobilität 2030 im Massnahmenpaket 2 2023-2026 vorgesehen. Umgesetzt wurde ja bereits die gelbe Markierung im Jahr 2015, die anzeigt, wie man als Radfahrer fahren soll und somit eine gewisse Verbesserung bringt. Ich erlebe es oft, dass die Autos anhalten, wenn ich auf dieser gelben Fläche bin.

Gemeinderat Roman Fischer (GP): Noch eine Detailfrage: Ich habe extra "langfristig" geschrieben. Gibt es irgendwelche Visionen, wie man zum Beispiel mit einem Bauwerk oder dergleichen aus der Eisenbahnstrasse auf den Bahnhofplatz kommen könnte, also nicht die jetzt bestehende Kreuzungsstelle, sondern etwas Neues zu schaffen?

Stadtrat Urs Müller (CH): Wie gesagt, das Betriebs- und Gestaltungskonzept Rheinstrasse ist 2023-2026 vorgesehen und so im Paket Mobilität 2030. Ob es da dann noch andere Möglichkeiten gibt oder was da studiert wird, kann ich zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen. Klar ist, diese Querung ist eine Herausforderung, wie ich es geschildert habe. Und vielleicht noch als Ergänzung meinerseits: Ihre Fragen wurden übrigens alle mit der Gruppierung IG Frauenfelder Velofahrerinnen und Velofahrer eingehend diskutiert.

Gemeinderat Roman Fischer (GP): Tempo 30 auf der Rheinstrasse: Um Blechschäden zu vermeiden, erlaubt der Kanton Thurgau erstmals wie in anderen Kantonen bereits anzutreffen, Tempo-30-Tafeln auf einer Kantonsstrasse aufzustellen. War das ein geschickter Zug des städtischen Tiefbauamts, weil diesem die Sicherheit und die Lebensqualität der Menschen in Frauenfeld wichtig sind, dieses hohe Gut zukünftig mit der Verbreitung der gleichen Massnahmen auf Kantonsstrassen besser zu wahren?

Stadtrat Urs Müller (CH): In Absprache mit dem Tiefbauamt des Kantons kann ich Ihnen folgende Antwort geben: Aus rein verkehrstechnischen Gründen wird der Kanton als Strasseneigentümer – ich betone das hier, der Kanton als Strasseneigentümer – aus Sicherheitsgründen im besagten Abschnitt Tempo 30 als Abschnitt, nicht als Zone – das ist ein Unterschied – einführen. Es soll, Sie haben es wahrscheinlich gelesen, ein Warnsystem eingebaut werden. Die Detektion der Fahrzeughöhen vor der Unterführung SBB ist aufgrund der vorgelagerten Verkehrsknoten, wir hatten es in der Frage vorhin, nicht im genügenden Abstand (Reaktion, Warnung, Bremsweg) vor der Unterführung möglich. Deshalb wird eine Geschwindigkeitsreduktion als ergänzende Verkehrsmassnahme notwendig und zweckmässig. Der Kanton vertritt nach wie vor die Ansicht zu Tempo 30 auf Kantonsstrassen, wie kürzlich in einer Interpellation im Grosse Rat zum Thema beantwortet. Für eine mögliche Geschwindigkeitsreduktion auf einer Kantonsstrasse in einem Ortszentrum muss die Situation differenziert geprüft werden, zum Beispiel mittels eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts-Projektverfahren. Für die Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit innerorts sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. So kann für einen Hauptstrassenabschnitt nach Art. 108 Abs. 2 der Signalisationsverordnung die Herabsetzung möglich werden, wenn a) eine Gefahr nur schwer oder nicht rechtzeitig erkennbar und anders nicht zu beheben ist, b) bestimmte Strassenbenutzer eines besonderen, nicht anders zu erreichenden Schutzes bedürfen, c) auf Strecken mit grosser Verkehrsbelastung der Verkehrsverlauf verbessert werden kann oder d) dadurch eine im Sinn der Umweltschutzgesetzgebung übermässige Umweltbelastung (Lärm, Schadstoffe) vermindert werden kann. Dabei ist der Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu wahren. Nach diesen Grundvoraussetzungen betrachtet der Kanton

unabhängig von Frauenfeld, Umfahungsstrasse usw. die Situation und Möglichkeit. In der genannten Unterführung kommt Voraussetzung a) nachweislich durch die Anhäufung von Unfällen und Interventionen von Bürgern der Öffentlichkeit aus Frauenfeld, beispielsweise auch aus Ihrem Rat, ich erinnere an die Frage von Severine Hänni in der Fragestunde 2016, zum Tragen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Ich habe eigentlich zwei Fragen eingereicht, daraus wurden drei gemacht, ich stelle mal die erste, diese wurde noch nicht auseinandergenommen. Die Postauto Ostschweiz hat zusammen mit dem Stadtbus Frauenfeld einen E-Bus getestet. Der Gemeinderat und weitere Kreise wurden zu einem Infoanlass zu Beginn der Testphase eingeladen. Dieser Anlass war informativ und die anschliessende Rundfahrt meiner Meinung nach sehr angenehm. Während dieses Anlasses konnte eine erste Rückmeldung einer Fahrerin gemacht werden. Deshalb meine Frage: Wie sind die ersten Rückmeldungen zum E-Bus und wird es darüber einen Bericht geben und somit über einen allfälligen Einsatz in Frauenfeld entschieden?

Stadtrat Urs Müller (CH): Ich bedanke mich auch für diese Frage und natürlich auch für die Beurteilung des Anlasses. Der Versuch hatte unter anderem zum Ziel, Erfahrungswerte im Hinblick auf die Fahrzeugbeschaffung im Jahr 2023 zu gewinnen. Es hat sich gezeigt, dass der E-Bus grundsätzlich auf dem ganzen Stadtgebiet eingesetzt werden kann. Der Stromverbrauch lag unter denjenigen der Einsätze in der Stadt Zürich. Die Batterieleistung genügt allerdings noch nicht für einen ganzen Tagesbetrieb. Zudem ist die Art und Weise der Ladeinfrastruktur noch offen und die Gesamtkosten sind zu klären. Von Kunden und Fahrern waren nur positive Rückmeldungen zu verzeichnen. Die Beschaffung von E-Bussen auf 2023 wird deshalb weiter verfolgt. Die Öffentlichkeit wird über die Resultate des Versuchsbetriebs informiert werden, das wird in Kürze erfolgen via eine Medienmitteilung. Ausstehend sind noch die technischen Auswertungen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Besten Dank für die Beantwortung. Ich gehe zu meiner zweiten Frage über und hoffe, ich werde am richtigen Ort den Cut setzen. Bei der Verlegung der Sammelstelle Gaswerkstrasse ins RAZ wurde ein Einwurf für Karton beibehalten. Dieser Einwurf sei ein Testbetrieb und würde allenfalls auf andere Quartiere ausgedehnt. Ich selbst nutze die Sammelstelle öfters für die Rückgabe von Karton, da sie mit dem Velo angenehmer in der Anfahrt ist. In letzter Zeit habe ich eine Verbesserung der Entsorgungsmentalität wahrgenommen. Einerseits beim wilden Deponieren wie auch bei der Anfahrt von PKWs. Gleichzeitig wurden oder werden die Quartiersammelstellen mit Unterflurcontainern ausgerüstet. Deshalb meine Fragen: Wie ist der Testbetrieb im Kartonbereich verlaufen?

Stadtrat Urs Müller (CH): Ich schlage vor, dass Sie die Fragen gesamthaft stellen, denn ich habe sie auch gesamthaft beantwortet.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Ist bei den anderen Sammelstellen noch Platz für zusätzliche Unterflurcontainer einerseits für Karton, aber auch für die Kuh-Bags, bei denen der Stadtrat auch in Aussicht gestellt hat, dass bei einer Zunahme der Sammelquote zusätzliche Sammelpunkte angeboten werden könnten? Sind solche Sammelpunkte für Karton oder Kuh-Bags geplant?

Stadtrat Urs Müller (CH): Der Testbetrieb mit der Kartonsammlung an der Gaswerkstrasse ist teilweise harzig verlaufen. Sie kennen wahrscheinlich gewisse Bilder auch aus dem heute bereits erwähnten Publikationsorgan. Es müssen immer noch täglich Plastik, Altpapier, Sagex, Glascherben und anderes Fremdmaterial entfernt werden. Die Kartonmulde muss zweimal am Tag kontrolliert werden. Leider fahren immer noch Autos mit Karton an die Gaswerkstrasse, dies auch sonntags. Nach Absprache mit der KVA wird versuchsweise eine Kartonpresse in Aussicht gestellt. Wenn aber die Qualität wegen Fremdstoffen nicht stimmt, wird die Kartonsammlung beim Werkhof frühzeitig eingestellt. Aus diesem Grund werden vorläufig an anderen Sammel-

stellen keine Kartonsammlungen eingerichtet. Das Risiko, dass der Karton wegen Verschmutzung dann gesamthaft in der KVA entsorgt werden muss, ist zu gross. Der Aufwand für die Sortenreinheit ist viel zu hoch und ohne permanente Vorortkontrolle nicht durchführbar. Das heisst, die Befürchtungen, dass es eben Personal braucht, haben sich weitgehend bestätigt.

Der Kuh-Bag ist die vom Verband KVA Thurgau eingeführte Sacksammlung, die über die zusätzlichen Einnahmen aus diesen Sackgebühren finanziert wird. Die Abgabestellen sind durch die KVA definiert und in Frauenfeld beim RAZ an der Juchstrasse. Eine separate Strassensammlung oder eben Unterflurcontainer für Kuh-Bags ist aus Logistiksicht noch nicht durchführbar. Es würde zusätzliche Fahrzeuge benötigen und Fehleinwürfe würden auch bei solchen Sammelbehältern dazu führen, dass viel mehr Kehrrecht entsorgt wird und dadurch die Sammelqualität abnehmen würde. Der Entsorgungshof aber beim RAZ funktioniert nur so gut, weil permanent Leute vor Ort kontrollieren, dass richtig entsorgt wird. Und wie gesagt, bei nicht bedienten Quartiersammelstellen funktioniert es leider nach unseren Erfahrungen nicht.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Dazu zwei Bemerkungen: Einerseits beim Glas und beim Alu funktioniert es nach jahrelangem Üben doch auch. Ich denke, da ist die Fremdverschmutzung relativ klein. Und vielleicht braucht es entsprechend auch über das Publikationsorgan Frauenfeld.ch oder sonstige Möglichkeiten eine Sensibilisierung der Bevölkerung, welche diese Problematik weiter senken könnte.

Stadtrat Urs Müller (CH): Wie gesagt werden wir am Thema sicher dranbleiben, werden das beobachten. Ein Unterschied vielleicht zur Glassammlung, dort werfen Sie das einzelne Glas hinein, beim Kuh-Bag ist es so, dass Sie den Sack füllen und was da dann sonst noch hineinschlüpft, das sieht ja niemand.

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH): Unser Abstellplatzreglement stammt aus dem Jahr 1991. Wohl wurde es 2009 überarbeitet, dennoch schreibt das Reglement noch immer Mindestmengen an Parkplätzen vor, anstatt eine maximale Anzahl an Abstellplätzen festzulegen, wie es in anderen Schweizer Städten schon seit Jahren praktiziert wird, wie es dem heutigen Geist entspricht und wie es schlussendlich auch für die Einhaltung der Vorgaben des Mobilitätskonzepts 2030 sinnvoll und erforderlich wäre. Meine Fragen: Wurden die Bedarfzahlen und dementsprechend die Pflichtzahlen bei der Überarbeitung des Reglements 2009 gegen unten angepasst oder wird noch immer mit Zahlen aus den Anfängen der Neunzigerjahre operiert? Ist in naher Zukunft geplant, die heute angewendete Praxis bzw. Vorschrift zu ändern, also von minimal zu maximal?

Stadtrat Urs Müller (CH): Das Reglement über die Fahrzeugabstellplätze und Einstellräume auf privatem Grund und Entrichtung von Ersatzabgaben – so heisst das ganze Abstellplatzreglement – wurde am 1. März 1992 durch den Stadtrat in Kraft gesetzt. Mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 45 vom 29. September 1999 und Nr. 239 vom 19. August 2009 hat das Reglement eine Teilrevision erfahren. Bei der letzten Revision fand eine Anpassung aufgrund der damals neuen überlagerten Zone für publikumsintensive Nutzungen – Sie erinnern sich vielleicht an die Planungszone, es ging um die Steuerung der Nutzungen vor allem im Osten – nur deshalb statt. In dem unter Art. 10 erwähnten Anhang, der aus einem Plan mit Tabelle besteht, ist die Zone D im Gebiet Langdorf neu hinzugefügt worden. Die Zahlen in der Tabelle „Effektiver Bedarf in Prozent der Richtwerte gemäss VSS-Norm“ für die Zonen A und C wurden bei den zwei Teilrevisionen nicht angepasst und sind immer noch dieselben wie aus dem 1992 in Kraft gesetzten Reglement. Dem Stadtrat ist bewusst, dass das Abstellplatzreglement nicht mehr aktuell ist, eine Revision dieses Reglements ist Bestandteil des Konzepts Mobilität 2030 und aktuell sind wir an der Definition eines Projektauftrags zur Überarbeitung.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP): Es ist so, dass meine Frage fast identisch der Frage Nr. 18 entspricht, es geht um Tempo 30 auf Kantonsstrassen. Gibt es da noch eine Ergänzung?

Stadtrat Urs Müller (CH): Aus meiner Sicht wurde diese Antwort mit der Frage von Gemeinderat Roman Fischer beantwortet. Ich kann sie gern nochmals vorlesen, wenn der Bedarf da ist, aber ich glaube, das schenken wir uns.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP): Dann ziehe ich die Frage zurück.

Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen von Gemeinderat Christoph Keller (SVP): Auch sieben Jahre nach der Abstimmung und fünf Jahre nach Baubeginn ist der Regioradweg ein Fragment. Während der Westteil wenigstens fertig gebaut ist, über eine wirkliche Nutzung war noch nie etwas zu lesen, kommt er im Osten überhaupt nicht vom Fleck. 2015 stand in der Thurgauer Zeitung „Regioradweg stockt in der Mitte.“ Und schon wieder sind drei Jahre vergangen und noch immer liegen keine Lösungen vor. Genau diese Befürchtungen äusserte die SVP im Abstimmungskampf 2011. Von den schon damals bemängelten ungelösten Problemen ist ausser dem Pfingstrosengarten keines nur annähernd gelöst, die Querung der Rheinstrasse beim Schlossberg, die Querung der Bahnhofstrasse bei der Gartenlaube und der fehlende Platz im Langdorfer Quartierteil Erchingen sind gleich ungelöst wie vor Jahren. Im Zug einer bis heute anhaltenden Veloeuphorie wurde dem Frauenfelder Stimmbürger eine Katze im Sack verkauft, die nun immer mehr am Verhungern ist. Die SVP ist nicht gegen Radwege, sie ist aber gegen zu wenig durchdachte Projekte, wie hier eines vorliegt. Wie beurteilt der Stadtrat die Regioradwegsituation sieben Jahre nach der Abstimmung? Wie viel der ursprünglich budgetierten 6.5 Millionen Franken ist bisher verbaut worden? Kann sich der Stadtrat vorstellen, das Projekt abzubrechen oder mindestens auf Eis zu legen, zumal die aktuelle Situation auch überhaupt keinen Bedarf für einen Weiterbau zeigt?

Stadtrat Urs Müller (CH): Es ist schade, dass Gemeinderat Keller nicht anwesend ist. Ich bedanke mich stellvertretend bei Ihnen. Stellvertretend bedanke ich mich bei Gemeinderat Keller für das beharrliche Nachfragen zum regionalen Radweg. Nachdem bereits Gemeinderat Christoph Tschanen in der Fragestunde 2013 dazu Fragen gestellt hat, hat Gemeinderat Keller das Thema mit einer einfachen Anfrage 2015 und dann in der Fragestunde 2016 aufgegriffen. Einleitend ist festzuhalten, dass vom durch das Volk bewilligten Kredit für den regionalen Radweg lediglich noch das Stück zwischen Goldackerstrasse und Erchingerstrasse ausstehend ist. Die restlichen Abschnitte sind erstellt und in Betrieb. Das habe ich mir fett angestrichen, grundsätzlich wurden mit der Botschaft keine Massnahmen zwischen der Eisenbahnstrasse und Erchingerstrasse beantragt und bewilligt. Auch wenn immer wieder danach gefragt wird, in der Botschaft ist dieser Abschnitt nicht enthalten. Das Bauprojekt für den Abschnitt zwischen der Goldackerstrasse und Erchingerstrasse, eben diesem allerletzten Teil jetzt noch, liegt vor. Seit geraumer Zeit wird mit nur noch zwei Grundeigentümern nach einer einvernehmlichen Lösung für den Landerwerb gesucht. Mit den Restlichen haben wir uns alle gefunden. Damit nicht zur äussersten Massnahme gegriffen werden muss, sind wir da dran, ein nächster Termin findet in rund zwei Wochen statt. Der Stadtrat steht weiterhin vorbehaltlos hinter diesem weitsichtigen und zukunftsgerichteten Projekt, das zugegebenermassen viel Durchhaltewillen benötigt. Er beschäftigt sich aktuell intensiv mit diesem ausstehenden Landerwerb.

Zur Frage der Kosten: Seinerzeit wurden 6.5 Millionen Franken ohne Teuerung als Gesamtkosten veranschlagt, wovon die Stadt 2.45 Millionen Franken zu tragen hat. Derzeit sind total et-was über 5.6 Millionen Franken ausgegeben. Für die letzte Etappe wird mit rund 1.25 Millionen Franken gerechnet. Teuerungsbereinigt wird der Kredit somit voraussichtlich eingehalten werden können.

Erlauben Sie mir noch einige Ausführungen aus aktuellem Anlass. Am Montag haben sich im Rahmen der Erarbeitung des Langsamverkehrskonzepts Vertreterinnen und Vertreter der entsprechenden Arbeitsgruppe, der Fachkommission Mobilität und Verkehr, des Kantons und der Stadt auf eine Veloexkursion nach Solothurn begeben. Dort ist die Tradition und Kultur des Velofahrens stärker verbreitet als bei uns. So wurden schon vor 40 Jahren weitsichtig breite Unterführungen für den Langsamverkehr gebaut, wovon Solothurn heute profitiert. Es hat sich aber auch dort gezeigt, dass gute Lösungen Zeit brauchen. Zum Vorwurf, es sei noch nie etwas über die Nutzung zu lesen gewesen: Zur Nutzung kann nur seriös berichtet werden, wenn auch verlässliche Zahlen vorliegen. Leider fristet da der Langsamverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr betreffend Zählstellen ein stiefmütterliches Dasein. So haben wir nur Angaben aus der manuellen Zählung, wie wir sie Gemeinderat Keller bereits in der Beantwortung zur einfachen Anfrage 2015 gegeben haben. In Solothurn haben wir neue Zählstationen für den Langsamverkehr besichtigt. Ich hoffe, es kommt auch in diesem Thema Bewegung in den Thurgau.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Auf diese Antwort freue ich mich besonders. Vielleicht um die Frage zu verstehen, wie ich sie gemeint habe, verweise ich auf die Feststellung, dass die Frage, ob jemand gern zu Fuss in der Stadt unterwegs ist, ganz stark davon abhängt, wie attraktiv die Stadt baulich oder ästhetisch gestaltet ist. Das ist auch ein Thema, welches nicht nur das ATV betrifft, sondern auch das Hochbauamt. Diese Feststellung ist unterdessen mit mehreren Studien in anderen Ländern empirisch auch sehr gut belegt. Nun die Frage: Wie beurteilt der Stadtrat Kreisel oder Kreisverkehrsflächen nach Chargon im Hinblick auf ein attraktives Stadtbild?

Stadtrat Urs Müller (CH): Der Stadtrat hat in jedem Projekt verschiedene Abwägungen zu treffen. Strassen sind nicht nur Erschliessungsadern, sondern auch Lebensräume, das stellen Sie richtig fest, die den Charakter und die Identität einer Stadt prägen. Kreisel sind primär Verkehrslösungen und haben gegenüber Kreuzungen Vorteile, jedoch auch Nachteile wie beispielsweise einen grösseren Platzbedarf an den Aussenseiten. Der freie Platz, der in der Mitte entsteht, kann dabei oft nicht mehr sinnvoll verwendet werden. Für eine erhöhte Verkehrssicherheit muss zu dem die Durchsicht über die Mittelinsel durch eine entsprechende Ausgestaltung mit Elementen wie Pflanzen oder Kunstwerken verhindert werden. Weil der Stadtraum damit als Ganzes nicht mehr oder schlecht erlebbar ist, sind Kreisel für ein attraktives Stadtbild eher eine Herausforderung.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Besten Dank für diese Antwort und diese offene und ehrliche kritische Haltung. Ich habe die Nachfrage, ob der Stadtrat bei künftigen Strassenplanungen bereit ist, sich auch gegen Kreisel auszusprechen oder an Schlüsselstellen wie zum Beispiel hier draussen vor dem Rathaus auch einen Kreisel wieder einmal zurückzubauen.

Stadtrat Urs Müller (CH): Das Thema Kreisel rückbauen gehört, ich habe es heute schon erwähnt, ins Betriebs- und Gestaltungskonzept. Solche Projekte müssen zuerst vorliegen, bevor wir über so etwas diskutieren. Ich bin nicht auf die Nachteile einer anderen Kreuzungssituation eingegangen, aber stellen Sie sich verschiedene breite, grosse Einspurstrecken bei einer Kreuzung mit einer Lichtsignalanlage vor und Balken mit Lichtsignalanlagen. Auch da stehen wir städtebaulich vor Herausforderungen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank Stadtrat Urs Müller für die Beantwortung der Fragen.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Ich komme nochmals mit diesen unsäglichen Pollern an der Industriestrasse 14 und ich verspreche, dass es das letzte Mal ist, das ich hier im Rat etwas dazu sage. Auf der anderen Seite gibt diese Frage auch Ruedi Huber die Chance, in der letzten Fragestunde noch etwas sagen zu dürfen. Anlässlich meiner einfachen Anfrage zu diesen Pollern hat

der Stadtrat die Erstellungskosten mit knapp 67'000 Franken beziffert. Wie wir von Stadtpräsident Stokholm gehört haben, ist das in der Begegnungszone offenbar kompliziert und daher vermutlich auch teuer. Deshalb würde es mich konkret interessieren, falls die Kosten der Poller an der Industriestrasse auf die Parkplätze überwältzt werden, wie viele Franken pro Monat das pro Platz sind und welcher Abschreibungszeitraum diesen Kosten zugrunde liegt. Falls die Kosten nicht an die Parkplatzmieter überwältzt werden, würde es mich wundernnehmen, warum man diese nicht überwältzt.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Die Pollerlösung wurde durch die damalige Direktion der Werkbetriebe initiiert, nachdem es sich herausgestellt hatte, dass eine pragmatische, kostengünstigere Lösung mit viel personellem Aufwand verbunden und wenig zielführend war, man hatte diese ausgetestet. Hauptziel der Beschaffung der Polleranlage war es, die Mitarbeitenden der Werkbetriebe von Kontrollaufgaben zu entbinden. In einer Zeit, in welcher die Stadt wächst und Fachleute für die Erstellung der Versorgungsnetze an allen Ecken und Enden gesucht und gebraucht werden, wäre es aus unternehmerischer Sicht falsch, qualifiziertes Personal zur Betreuung von Parkplätzen ausserhalb des Werkhofareals „abzukommandieren“. Die Pollerlösung nützt eben somit nicht nur den Parkierenden, sondern sie setzt Arbeitskapazitäten zum Unterhalt und Ausbau der Versorgungsanlagen der Stadt Frauenfeld frei. Je nach Berechnungsart entsprechen die monatlichen Kosten für Amortisation, Zinsen und Unterhalt aller Poller, denjenigen eines kleinen Personenwagens. Demgegenüber steht der finanzielle Nutzen von wertvollen frei werdenden Arbeitsstunden, welche für die zentralen Aufgaben der Werkbetriebe eingesetzt werden können.

Gemeinderat Michael Pöll (CH): Ich interpretiere das so als Antwort, dass die Kosten nicht überwältzt werden. Ist das richtig?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Es ist so, dass die meisten Parkplätze nicht fix vermietet werden, sondern sie stehen dann zur Verfügung, wenn Anlässe dort bei den Werkbetrieben in der Maurerlehrhalle sind. Es sind nicht Dauermieter. Dauermieter sind im Moment einer oder zwei, aber dort ist geplant, dass man mit der neuen Anlage eine Kostenerhöhung von etwa 20 Franken pro Parkplatz machen wird.

Gemeinderat Michael Pöll (CH): Ich bin nicht restlos befriedigt, aber ich kann das dann vielleicht mit eurem Amt noch bilateral klären.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank die Herren. Die letzte Frage geht an Stadträtin Elsbeth Aepli.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Ich weiss auch nicht, weshalb ich dieses Jahr so viele Fragen habe. Aber die letzte Frage betrifft etwas Gutes, es geht um die Gastronomie im Alterszentrum Park. Bevor ich sie stelle, möchte ich vorausschicken, dass die Gastronomie im AZP gemäss einer kleinen Begehung, die ich gemacht habe, einen guten Job macht, vor allem im Hinblick auf die Bewohner des Alterszentrums und deren Besucher. Die Frage geht eigentlich nur in die Richtung, dieses Angebot vielleicht auch zu erweitern, um die Durchmischung im Quartier, die Integration der alten Menschen usw. voranzutreiben. Sie lautet: Wie beurteilt der Stadtrat die Idee, das Angebot der Gastronomie im Alterszentrum Park im Hinblick auf ein junges, urbanes Publikum zu erweitern?

Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP): Es freut mich, dass das Restaurant des Alterszentrums Park thematisiert wird und erst noch viele Lorbeeren ausgeteilt werden für den aktuellen Gastrobetrieb. Unser Restaurant mit den verschiedenen Sälen, mit dem grossen Park und der gut ausgebauten Küche wird breit genutzt und geschätzt. Aber es wurde richtig festgestellt, das Restaurant des Alterszentrums Park deckt primär und vom Auftrag her die Bedürfnisse von Personen im

AHV-Alter und ihren Angehörigen. Es ist uns zudem wirklich wichtig, dass wir nicht in direkte Konkurrenz zu anderen Gastrobetrieben in Frauenfeld kommen. Wenn wir also ein Angebot auf eine sogenannte urbane Kundschaft ausrichten wollten, würde dies beispielsweise im Essensbereich bedeuten, dass wir origineller sein müssten als heute hinsichtlich Zutaten und Zubereitungsart. Aber es ist so, dass heute unsere primären Kunden die Schweizer Küche schätzen, sie haben gern zwischendurch auch mal Kutteln und Zunge im Angebot. Ich war selber überrascht, als mir der Küchenchef sagte, wie viele Mahlzeiten er jeweils herausgeben kann, wenn es so etwas auf der Speisekarte hat. Die Küche des Alterszentrums Park bereitet pro Tag bis zu 1000 Mahlzeiten für die Bewohner der Häuser Ergaten und Talbach, für die Bewohner der Parksiedlung, die im Restaurant essen, für das heilpädagogische Zentrum, für den Mahlzeitendienst, für das Personal des AZP und dann auch für die Restaurantkunden zu. Wir bieten am Mittag drei Menüs an, im Restaurant eine kleine Speisekarte. Wir sind da auch immer wieder mit Neuerungen unterwegs. Seit zwei Jahren bieten wir bei Gelegenheit auch eine saisonale Karte, momentan eine Wildkarte, seit Kurzem ist auch ein vegetarischer Herbststeller drauf. Ich denke, die sogenannte urbane Kundschaft findet etwas Passendes, wenn sie dann kommt. Unser Leiter Hotellerie will, dass es spannend zugeht bei uns im Restaurant, aber primär muss es unseren Bewohnern und den Angehörigen gefallen. Bei urbaner Kundschaft habe ich mir dann überlegt, dass vielleicht auch am Abend geöffnet sein müsste. Wir hatten einmal so einen Versuch, dieser ging ziemlich gründlich in die Hosen. Nachdem wir das Restaurant umgebaut hatten, war aus dem Quartier der dringende Wunsch da, man solle das Restaurant am Abend geöffnet haben. Wir haben das am Freitagabend gemacht und waren ernüchtert. 2012 haben wir etwa 2'500 Franken Verlust geschrieben mit diesem Angebot, dann haben wir es etwas angepasst und es wurde knapp kostendeckend. Ab 2015 haben wir dann gesagt, nur noch wenn wir Events haben. Wir versuchen immer wieder mal, etwas Neues zu machen, aber es ist und bleibt: das Restaurant ist das Restaurant des Alterszentrums Park und das wird sich nicht ändern. Wir werden kein hippestes Lokal, selbst wenn wir trendige Getränke oder Essen anbieten würden. Wenn ich sehe, wie das Gemüse gekocht ist, so ist das halt nicht trendig, aber 95 % unserer Gäste finden es genau richtig, dass es so weichgekocht ist. Wir haben seit einiger Zeit eine Kinderkarte, diese kommt sehr gut an. Wir haben eine grosse Glacekarte, die im Sommer beliebt ist, und wir haben Bankette. Ich möchte hier in den Raum stellen, wenn man unsere Küche gern ein bisschen aufmischen möchte, ab zehn Personen ist es möglich, ein Bankett zu bestellen, dann kocht unsere Küche das, was man bestellt. Wenn immer wieder zehn Leute kommen und etwas Urbanes oder sonst irgendetwas bestellen würden, kommt das sicher dann auch auf eine Speisekarte, aber bis jetzt habe ich diesen Wunsch nicht gehört. Es kommt dazu, dass das Restaurant am Mittag praktisch ausgebucht ist. Da haben wir auch keinen Platz für neue Kundschaft. Bei der jetzigen Kundschaft hat es auch junge Leute dabei aus der Umgebung, die sind zum Teil auch am Vormittag zu Gast und ich habe mir sagen lassen, im Winter sei vor allem unser Fumoir sehr beliebt bei jüngeren Menschen. Ob das dann gesund ist – aber lassen wir das. Ich glaube, insgesamt werden wir einem breiten Publikum gerecht und ein weiterer Ausbau des Angebots in Richtung urbane, junge Kundschaft ist vom Verhältnis Aufwand und Ertrag im Moment nicht sinnvoll. Wenn das Restaurant sich vergrössern möchte, sind Ideen da für einen Wintergarten, dann kann man sich vielleicht auch wieder auf neue Kundschaft ausrichten.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Vielen Dank für diese vielen Informationen. Ich beglückwünsche natürlich das Restaurant für alle Schritte und neuen Dinge, die es ausprobiert. Vielleicht zum Abschluss noch eine Bemerkung. Es ist nicht immer unbedingt von einem Gegensatz zwischen alten Menschen und den Hipstern auszugehen. Gerade das Thema Zunge spricht vielleicht auch das junge Publikum an. Die andere Überlegung ist in einem ähnlichen Horizont wie der Veloweg. In 40 Jahren sind natürlich auch die Hipster alt und man muss sich ja auch im Hinblick auf die alten Kunden ständig weiterentwickeln.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank. Es war vielleicht zum Schluss die falsche Frage, uns knurrt der Magen ob all der vielen Vorschläge, aber wir kommen

dann einmal beim Alterszentrum zum Essen. Ich danke allen Fragenden für ihren Beitrag zu dieser Fragestunde. Ebenfalls bedanken möchte ich mich beim Stadtrat und seinen Mitarbeitenden für die viele Arbeit, welche sie zur Beantwortung der Fragen auf sich genommen haben. Damit wir konzentriert weiterfahren können, gibt es an dieser Stelle jetzt eine kurze Biopause von 5 Minuten.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Diese Fragestunde hat den Rahmen einer Fragestunde definitiv gesprengt. Ich möchte beliebt machen oder zur Diskussion stellen, dass in Zukunft pro Gemeinderat nur noch eine Frage gestellt wird. Roman Fischer, ich schätze Sie sehr, vier Fragen, drei davon zum Veloverkehr, das können Sie auch telefonisch machen. Ebenso der geschätzte Kollege Heinrich Christ, vier Fragen quer durch die ganze Stadtverwaltung. Und Gemeinderat Pöll, wir wissen, Ihr Lieblingsthema sind die Poller. Mir kam das ein bisschen vor wie eine vorgezogene Wahlkampfveranstaltung. Und gewisse Fragen gehen so ins Detail, die müssen wir eigentlich als einfache Anfrage stellen, welche vom Stadtrat schriftlich beantwortet werden. Und dann noch etwas zum heutigen Abend: Das ganz wichtige Geschäft ist der Landverkauf an Twerenbold. Es sind viele Leute auf der Galerie, denen brennt es unter den Nägeln, und wir legen diesen Fragenmarathon vor. Ich bitte Sie, in Zukunft nur noch eine Frage zu stellen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Bitte Ruhe. Gemeinderat Fredi Marty, wir nehmen dieses Statement zur Kenntnis. Die Fragestunde wurde festgelegt, das Geschäft Twerenbold kommt nachher und die Gemeinderatspräsidentin legt die Tagesordnung fest. Sie können Ihre Kritik dann gern bei mir persönlich deponieren. Vielen Dank. Jetzt gibt's die Biopause.

200

**VERKAUF GRUNDSTÜCK NR. 50967, SONNENHOF-/SCHAFFHAUSERSTRASSE, AN TWERENBOLD SERVICE AG, ZUM PREIS VON 5,7 MILLIONEN FRANKEN
EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Wie eingangs schon erwähnt, bitte ich höflich darum, die vielen Emotionen sind da, aber die Diskussion im Rat bitte ruhig und aufmerksam verfolgen. Danke.

Mit Botschaft Nr. 37 des Stadtrats wurde dem Gemeinderat am 10. Juli 2018 das Geschäft zum Landverkauf an die Twerenbold AG überwiesen. In der Sitzung der GPK Finanzen und Administration vom 6. September 2018 wurde das Geschäft eingehend vorberaten. Das entsprechende Protokoll wurde am 11. September 2018 im Extranet aufgeschaltet. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die Detailberatung. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dann kommen wir nun zum Eintreten.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Beratung des Geschäfts durch die GPK fand am 6. September 2018 statt. In der Eintretensdebatte präsentierte der Stadtpräsident zuerst nochmals das Geschäft im Detail. Anmerkung: Die hierzu gehaltene Präsentation wurde allen Gemeinderatsmitgliedern am 7. September 2018 zugesandt, ebenso die im Vorfeld zuhanden des Stadtrats gestellten Fragen mit den schriftlichen Antworten. Ich gebe Ihnen hier eine Zusammenfassung des Präsentationsinhalts über das anstehende Geschäft mit Angabe des Zwecks, der Zielsetzung und deren Auswirkungen.

Der Zweck der vorliegenden Botschaft und der damit verbundene Landverkauf soll der Käuferin Twerenbold Service AG die Erstellung eines Reiseterritoriums oder Busterritoriums mit Parkierflächen

für Kunden sowie den Bau von Büroflächen und Wohnungen ermöglichen. Dies entspricht den Zielsetzungen der Gemeindeordnung, wo gemäss Art. 2 eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft gefördert werden soll. Gesamthaft sollen auf diesem Grundstück 100 Arbeitsplätze und 32 Wohnungen für ca. 80 Bewohner entstehen. Das Grundstück, seit mehr als 20 Jahren im Besitz der Stadt, ist dem Finanzvermögen zugeordnet und liegt einerseits in der Gewerbezone, andererseits in der gemischten Wohn- und Gewerbezone. Ebenso wurde ausgeführt, dass keine weitere Verwendung für eigene städtische Zwecke möglich ist, da das Grundstück für eine mögliche Zusammenlegung von Werkhof, Stadtbusdepot und Feuerwehr zu klein ist. Anmerkung: Wie in der Botschaft auf Seite 1 ausgeführt. Eine Unterstellung unter das Reglement über die Förderung von preisgünstigen Wohnraum liege nicht vor, da im Quartier bereits durch die Wohnbaugenossenschaft Sonnmatt 23 Wohneinheiten und an der Sonnenhofstrasse durch die Heimstättengenossenschaft Winterthur (HGW) 80 Wohnungen auf städtischem Grundstück mit sozialer Durchmischung entstehen und andere geeignete Standorte nicht erhältlich sind. Das vorliegende Projekt widerspreche also nicht den Zielsetzungen der Stadt.

Die Auswirkungen der Ansiedlung eines neuen Wirtschaftszweigs mit 100 Arbeitsplätzen und damit verbunden der Bau eines Betriebsgebäudes sowie die Erstellung von 32 Wohneinheiten werden positiv bewertet. Letztmalig fand eine Ansiedlung 2013 mit Sky-Frame statt. Mit der Erstellung des Betriebsgebäudes wird auch ein Lärmriegel zur Wohnzone dahinter erstellt. Die Verkehrszunahme wird auf ca. 2600 Verkehrsbewegungen pro Woche in der Hauptsaison beziffert, davon entfallen 42 % auf die neuen Anwohner, 40 % auf die Mitarbeitenden, 11 % auf Kunden und 7 % auf Busse, saisonal schwankend wie im Betriebskonzept im Anhang zur Botschaft dargestellt. Massnahmen, um diese Auswirkungen zu minimieren, sind einerseits Buszufahrt nur über die Schaffhauserstrasse, andererseits wirkt das Gewerbegebäude wie ein Lärmriegel.

Im Anschluss an die Präsentation wurde das Projekt durch den Amtsleiter Hochbau und Stadtplanung anhand des Modells Seite 4 der Botschaft sowie anhand der Projektzeichnungen weiter ausgeführt. Ebenso wurde der Kaufvertrag mit den wesentlichen Eckpunkten nochmals präsentiert, dessen Fassung Ihnen vorliegt. Auch wurde die Frage nach dem Baurecht nochmals aufgenommen und begründet, dass es seitens der Stadt keinen strategischen Grund gibt, das Grundstück im Fall von Verwendungszweck für Wirtschaft- und Standortförderung zu behalten und für die Käuferin nur der Erwerb infrage kommt. Zudem wird das Heimfallrisiko als unklar beurteilt, auch dargestellt auf Seite 7 der Botschaft.

In der Eintretensdebatte, die anschliessend stattfand, wurden verschiedene Fragen gestellt. Um wie viele Arbeitsplätze es jetzt konkret geht: Dazu führte der Stadtpräsident aus, dass es 45 Büroarbeitsplätze gebe und 18 weitere für Chauffeure, Betriebspersonal, Cafeteria- und Reinigungspersonal. Insgesamt wird zu Beginn mit ca. 60 Vollzeitarbeitsplätzen gerechnet. Die Frage nach einer Verlegung von Arbeitsplätzen vom Kanton Aargau nach Frauenfeld wird verneint.

Zur Frage nach neuen Steuerzahlern und Steuervergünstigungen: Es wird vor allem aus den 32 neuen Wohnungen neue Steuerzahler geben. Langfristig wird aber auch mit Arbeitnehmenden gerechnet, die sich in Frauenfeld niederlassen. Steuervergünstigungen juristischen Personen zu gewähren, liegt nicht in der Kompetenz der Stadt, dies liegt beim Kanton.

Die Frage nach dem Standort wurde mehrfach aufgenommen. Einerseits in Bezug auf die städtischen Bedürfnisse, andererseits in Bezug auf das Betriebsgebäude. Wie bereits ausgeführt, wird das Grundstück für städtische Zwecke als zu klein beurteilt und die Erstellung eines solchen Werks sei in der öffentlichen Zone zu machen.

Auf die Frage nach dem Zeitpunkt des erwarteten Mehrverkehrs wurde das Zeitfenster gemäss des vorliegenden Betriebskonzepts von 6:30 Uhr bis 10:00 Uhr für Einfahrten und 16:30 Uhr bis 20:30 Uhr für Ausfahrten beantwortet.

Bei der Frage nach preisgünstigem Wohnraum wurde seitens des Stadtpräsidenten darauf hingewiesen, dass es keine verbindlichen Vorgaben für den Investor gebe und er frei sei in seiner Wahl. Somit bestehen keine Einschränkungen.

Die Frage nach der Förderung der ÖV-Anbindung für anreisende Gäste wurde beantwortet, dass es keine besonderen Massnahmen seitens der Stadt gibt, die bestehende Anbindung aber ein Argument für die Käuferin für den geplanten Standort ist.

Die Frage nach der W3-Zonenkonformität und viergeschossiger Bauhöhe wurde aufgrund der Gebäudehöhe von 12 m und dem neuen Reglement erklärt.

Die Frage nach den Lärmemissionen wurde beantwortet, dass 80 % der Bewegungen von Bewohnern und Mitarbeitenden sind. Bei einer Überbauung der gesamten Fläche mit Wohnungen gäbe es deutlich mehr Lärm.

Die Frage, warum der Alternativstandort Alexander nicht ausgewählt wurde, wurde beantwortet, dass es nicht ins Betriebskonzept von Twerenbold passe und eine Mischung mit Wohnungen an diesem Standort nicht möglich ist, da dieser in der Industriezone liegt.

Die Mittel aus dem Verkauf fliessen der allgemeinen Staatskasse in für zukünftige Investitionen zu.

Bezüglich der Schätzung wurde die Frage, dass der Quadratmeterpreis mit 750 Franken tiefer ist als bei der Parzelle im Wellhauserweg mit 1'000 Franken wird dahingehend beantwortet, dass dort nur Wohnzone ist und das Grundstück in der vorliegenden Botschaft eine Mischzone ist.

Nach dem Abschluss der Fragen in der Kommission erfolgte der Antrag auf Nichteintreten und wurde wie folgt begründet:

1. Das Wohnquartier Sonnmatt ist der falsche Standort für ein emissionsträchtiges Vorhaben. Dieses gehöre nicht in das gewachsene Wohnquartier, sondern ins Industrie- und Gewerbegebiet im Osten der Stadt.
2. Die Ziele für preisgünstigen Wohnraum werden missachtet und der Verkauf widerspreche der Verpflichtung der Stadt, preisgünstigen und qualitativ guten Wohnraum zu fördern.
3. Marginalisierte Wohnnutzung, da zu einseitige Ausrichtung auf das Reisetterminal und das Parkhaus.
4. Kein übergeordneter Plan vorhanden, der Verkauf beruhe auf einer blossen Objektplanung.
5. Fragliche Zonenkonformität.
6. Grosser Widerstand im Quartier.

Der Stadtpräsident erläuterte nach der Diskussion in der Kommission nochmals, dass das Grundstück in der Gewerbezone respektive Mischzone liegt, dass das Projekt mit den Direktbetroffenen diskutiert wurde und es eine Lärmabschottung der Anwohner gegenüber der Schaffhauserstrasse gibt.

Die Kommission stimmte im Anschluss mit 4 zu 3 für Eintreten.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich spreche für die Fraktion CH/GP/GLP, weiter wird die Grüne Partei noch ein eigenes, unterstützendes Votum mit zusätzlichen Argumenten vorbringen. Die Fraktion beantragt einstimmig, auf das Geschäft Landverkauf Sonnmatt nicht einzutreten.

Das Geschäft weist durchaus positive Punkte auf – keine Frage. So freuen wir uns über das Interesse einer renommierten Firma und die damit verbundenen 45 Arbeitsplätze. Noch erfreuter wären wir über eventuell sogar 60 Arbeitsplätze, die in Aussicht gestellt wurden. Jedoch unmittelbar keine 100, wie mehrfach zu lesen war, 100 ist nur die Zahl der Büroplätze, die gebaut werden sollen. Auch dass ein gut organisierter Architekturwettbewerb durchgeführt wurde, ist erwähnenswert. Nichtsdestotrotz ist eine Klarstellung nötig. Das Ergebnis ist nur gut als Objekt-

planung und nur aus Sicht der Firma und der Kunden, nicht aber für alte und neue Bewohner des Sonnmattquartiers. Leider überwiegen für uns die folgenden sechs negativen Punkte klar. Diese willkommene Ansiedlung wurde am falschen Ort geplant und damit zu den Hauptargumenten gegen diesen Landverkauf:

1. Wie gehört, die Sonnmatt ist der falsche Standort. Das Wohnquartier Sonnmatt ist für ein so emissionsträchtiges und verkehrslastiges Vorhaben der falsche Standort. Nochmals: Die Fraktion CH/GP/GLP begrüsst ausdrücklich, dass sich der Reiseveranstalter Twerenbold in Frauenfeld niederlassen möchte. Aber die geplante Careinstellhalle kombiniert mit Parkhaus und Tiefgarage mit 350 bis 400 Parkplätzen und grosser Waschanlage gehört nicht in das gewachsene Wohnquartier, sondern in das grosse Industrie- und Gewerbegebiet im Osten der Stadt.
2. Die Ziele für preisgünstigen Wohnraum werden missachtet. Der Verkauf widerspricht der gesetzlich verankerten Verpflichtung der Stadt Frauenfeld, preisgünstigen und qualitativ guten Wohnraum durch Abgabe von geeigneten Grundstücken zu fördern. Es scheint an dieser Stelle nötig, nochmal an die 83-prozentige Mehrheit hier im Gemeinderat zu erinnern und den damit einhergehenden Rückzug der Wohninitiative im Gegenzug. Dies ist gerade mal zweieinhalb Jahre her. Damit steht dieser Verkauf im Widerspruch zu einer wichtigen städtischen Zielsetzung. Die Stadt hat nur wenige unbebaute Grundstücke, die sich zum Wohnen eignen, wie wir vorhin auch gehört haben. Das rare Wohnbau land der Stadt muss deshalb gezielt für gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert bleiben. Es ist unverständlich und widersprüchlich, solch wertvolles Land einem renditeorientierten, reichen Reiseunternehmen zu verkaufen, das keine Erfahrungen im preisgünstigen Wohnungsbau hat.
3. Kein haushälterischer Umgang mit unserem Land. Mit dem bereits sehr knappen städtischen Landbesitz gilt es, wohlbedacht umzugehen. Damit lässt sich nicht vereinbaren, dass auf drei oberirdischen Geschossen Parkplätze statt Wohnungen geschaffen werden. Parkplätze gehören unter den Boden. Mit einer Umzonung des nördlichen Parzellenteils in eine WG-Zone könnte die Wohnnutzung markant vergrössert und damit bezahlbarer Wohnraum für die breite Bevölkerung geschaffen werden. Zum Schutz der Wohnüberbauung wäre dann an der Schaffhauserstrasse ein Gewerberiegel zu prüfen.
4. Die Marginalisierung der Wohnnutzung. Das Projekt ist einseitig auf die Einstellhalle mit Reisetempel und Parkhaus ausgerichtet. Daneben fristet der geplante Wohnblock entlang des Pflanzschulwegs ein Schattendasein. Die Interessen der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner werden erdrückt und marginalisiert. Für die Wohnnutzung verbleibt weniger als ein Viertel der Grundstückfläche. Frei- und Grünflächen fehlen praktisch vollständig. Die Wohnnutzung scheint als blosses Anhängsel dabei zu sein.
5. Grosser Widerstand im Quartier. Bis Anfang September wurden bereits fast 500 Unterschriften gegen den Landverkauf geleistet. Mit guten Argumenten. Wir haben alle die Eingabe aus dem Kurzdorf erhalten. Die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier Sonnmatt und Kurzdorf werden in diesem Geschäft schlicht missachtet. Dies ist insbesondere schade in Anbetracht der vorhandenen Möglichkeiten, was mich zum nächsten Argument bringt.
6. Geeigneter Standort im Osten wäre vorhanden. In der Vorberatung hat sich herausgestellt, dass die Stadt selber im Gewerbe- und Industriegebiet Ost über ein geeignetes Grundstück verfügt, das im Alexander. Das Grundstück ist nahe beim Autobahnanschluss Ost, ist genügend gross für das von Twerenbold geplante Reisetempel mit allem Drum und Dran und stört dort niemanden.

Spätestens damit ist klar, dass der vorgeschlagene Standort und somit dieses Geschäft zum Landverkauf am Standort Sonnmatt nicht nur stadt-eigenen Richtlinien widerspricht, sondern schlicht unangebracht ist. Ich bitte Sie, auf dieses Geschäft nicht einzutreten.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Uns liegt nun ein Antrag auf Nichteintreten von Gemeinderat Elio Bohner vor. Ich gebe das Wort zum Eintreten bzw. zu diesem Antrag weiter.

Gemeinderat Sandro Erne (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Kurz und bündig: In diesem Geschäft geht es um Dutzende neue Arbeitsplätze, Wertschöpfung in Frauenfeld, wichtige Informationen an die Bevölkerung und um eine ausgewogene Entwicklung in Frauenfeld. Die FDP ist klar für Eintreten.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir von der CVP/EVP-Fraktion danken dem Stadtrat für die seriöse und transparente Botschaft. Es geht darum, dass die Stadt einem Unternehmer ein Grundstück verkauft, damit dieser sich hier in Frauenfeld ansiedeln kann. Das sind Arbeitsplätze und Wertschöpfung für alle Beteiligten. Auslöser war vor drei Jahren die Firma Twerenbold. Die national bekannte Reiseveranstalterin hat sich aus eigenem Interesse hier in Frauenfeld gemeldet. An der Ecke Schaffhauserstrasse/Sonnenhofstrasse möchte sie gern ein modernes Betriebsgebäude mit Büroräumen bauen. Für Twerenbold als Reiseunternehmen ist es ideal, nahe bei der Autobahn ein solches Gebäude zu erstellen. Twerenbold hat mit Reisebüro Mittelthurgau AG bereits einen Fuss im Kanton Thurgau. Positiv ist auch, dass südlich des Betriebsgebäudes entlang des Pflanzschulwegs eine Wohnüberbauung mit 32 Wohnungen entstehen soll. Es sind verschiedene Wohnungsgrößen von 2½ bis 5½ Zimmern vorgesehen, es werden also auch Wohnungen für grössere Familien sein. Insgesamt wird mit diesem Vorhaben der Standort Frauenfeld arg aufgewertet. Twerenbold nutzt die gute Lage und die gute Verkehrsanbindung, damit in Frauenfeld eine seriöse Firma mit rund 80 Arbeitsplätzen, und zwar zusätzlichen guten Arbeitsplätzen Fuss fassen kann. Denn wer bei Twerenbold arbeitet, muss nicht mit dem Zug nach Zürich und verdient seinen Lohn hier bei uns in Frauenfeld, ohne dass er zuerst eine Mobilität haben muss. Die CVP/EVP-Fraktion gratuliert dem Stadtrat zu den erfolgreichen Verhandlungen und dankt der Firma Twerenbold für das Entgegenkommen und dafür, dass sie bereits namhafte finanzielle Vorleistungen geleistet hat bis zum heutigen Zeitpunkt. Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten zur Vorlage.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Die Emotionen in Frauenfeld gingen im Vorfeld dieses Geschäfts hoch, und wir haben uns eingehend damit beschäftigt. Wir kamen zur Meinung, dass das geplante Projekt genügend Vorteile bieten kann, um darüber in Diskussion zu gehen. In diesem Sinne ist unsere Fraktion einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Diese Botschaft des Stadtrats stellt uns vor eine knifflige Entscheidungsfindung. Wenn der Gemeinderat dem Landverkauf für den geplanten Busbahnhof des Reiseveranstalters Twerenbold zustimmt, ermöglichen wir die Ansiedlung eines Unternehmens, das eine Bereicherung für den Wirtschaftsstandort Frauenfeld wäre. Es handelt sich hierbei zweifelsohne um ein interessantes Projekt. Aus der Veräusserung des Grundstücks, das in der Bilanz mit 2.8 Millionen Franken bewertet ist, resultiert ein Gewinn von 2.9 Millionen Franken. Das tönt verheissungsvoll. Der Busbahnhof samt Betriebsgebäude mit Büroräumen würde zum wirtschaftlichen Aufschwung in der Kantonshauptstadt beitragen. Bis zu 100 neue Arbeitsplätze könnten geschaffen werden, neue Wohnungen sollen entstehen, ein zukunftsweisendes Projekt, das auf den ersten Blick nur Vorteile bieten würde. Wären da nicht die besorgten Anwohnerinnen und Anwohner, die unseren Rat mit 486 Unterschriften bitten, den Verkauf des Grundstücks an Twerenbold abzulehnen. Ich werte dieses Votum als starkes Signal, mehr noch als einen Hilferuf unserer Frauenfelder Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und sie haben gute Argumente, die mich überzeugen. Dieses Projekt gehört tatsächlich in ein Industriegebiet und nicht mitten in ein Wohnquartier mit dem angrenzenden Naherholungsquartier im Bürgerholzwald und auf dem Robinsonspielplatz. Ich nehme die Bedenken der fast 500 Petitionäre sehr ernst. Sie befürchten zu Recht zusätzliche Lärmemissionen und Schadstoffe durch Mehrverkehr. Das

Wohnquartier um die Sonnenhofstrasse hat heute schon hohe Lärmbelastungen zu ertragen. Es handelt sich hier um eine Quartierstrasse, die auch als Schulweg dient und den Zugang zum Spielplatz und zum Wald ermöglicht. Die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Kurzdorf ist für mich das höhere Gut als die Aufwertung des Wirtschaftsstandorts Frauenfeld. Ich bin zwar für Eintreten auf dieses Geschäft, werde dem Verkauf des Grundstücks jedoch nicht zustimmen.

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der GP: Es tönt jetzt zwar vielleicht ein bisschen merkwürdig, aber wir Grünen könnten ein Verkehrsprojekt unterstützen. Wir sind der Ansicht, dass das Busterminal Twerenbold am geplanten Standort grundsätzlich möglich sein sollte. Es ist nämlich so, dass Busreisen im Vergleich zu praktisch allen anderen Reiseformen – ausser vielleicht dem Velo- und dem Fussgängerverkehr – eine bessere Ökobilanz haben. Sogar eine Zugreise ist nur mit sauberem Strom vergleichbar ökologisch. Jede Flug- und jede Autoreise, welche durch eine Busreise ersetzt wird, ist damit eine Massnahme gegen den Klimawandel. Wir finden deshalb, dass man Busreisen nicht unnötig viele Steine in den Weg legen sollte. Wer aus baurechtlicher Sicht gegen den Standort argumentiert, muss das in der Zonenordnung machen oder die Zonenordnung ändern. Auch die Argumente bezüglich der Verkehrsbelastung wurden vom Sprecher der GPK bereits genannt. Wenn man wirklich verhindern will, dass es dort durch eine Bebauung nicht mehr Verkehr gibt, muss man dieses Land vermutlich auszonen. Wir finden auch, dass das Gebiet am Rand des Wohngebiets, also nicht in der Mitte, sondern am Rand des Wohngebiets und nahe bei der Autobahn nicht unbedingt eine bevorzugte Wohnlage ist, um alles zu überbauen. Eine reine Wohnnutzung wäre deshalb aus Sicht von Lärm und Luftbelastung sicher keine ideale Lösung. Wir sind trotzdem für Nichteintreten, und zwar aus drei Gründen:

1. Wir finden, die Stadt sollte Land grundsätzlich nur im Baurecht abgeben. Die Stadt sollte von den Zinsen leben und nicht vom Kapital. Sie verbaut sich sonst und auch späteren Generationen jeden Handlungsspielraum.
2. In der Botschaft sind keinerlei Anstrengungen sichtbar, gezielt einen Teil des Kundenverkehrs mit öffentlichen Verkehrsmitteln abzuwickeln. Wir hoffen, dass das Projekt im Rahmen eines allfälligen Baubewilligungsverfahrens noch verbessert wird, nicht dass etwa noch eine Einsprache eingeht.
3. Die Botschaft ist in Bezug auf die energetischen Vorgaben für Gebäude ungenügend. Dabei wäre die Stadt als Verkäuferin oder Baurechtsgeberin in der Situation, um mehr daraus zu machen. Der Architekturwettbewerb hat dazu eine richtiggehende Steilvorlage geliefert, zum Beispiel mit Solarzellen auf dem Dach der Gebäude. Ganz im Gegensatz zum Fussballspiel am Freitag hat die Politik ihre Chancen aber nicht genutzt.

Wir verstehen die Haltung oder besser gesagt die Nichthaltung des Stadtrats zu den ökologischen Fragen dieses Geschäfts nicht. Dabei hat der Stadtrat neben der Wirtschaftsförderung, von der wir alle heute schon gesprochen haben, auch die Verantwortung gegenüber der Umwelt und müsste sich mit aller Macht gegen den Klimawandel stemmen. Die Firma Twerenbold hat die Chance, sich an diesem umstrittenen Standort mit einem ökologischen Vorzeigeprojekt im besten Licht zu präsentieren. Wir sind deshalb für Nichteintreten. Bei einer allfälligen Detailberatung würden wir es uns aber erlauben, noch einige Anträge zu stellen.

Gemeinderätin Andrea Ferraro (FDP): Wir Gemeinderäte sind via Unterschriftensammlung gebeten worden, den Verkauf des Grundstücks an Twerenbold abzulehnen. Als Anwohnerin der Ringstrasse fühle ich mich besonders verpflichtet, diese Bitte zu prüfen. Denn ich kann gut nachvollziehen, was in den Köpfen der Quartierbewohner abgeht. Eine Veränderung vor der Haustür macht Angst. Wie immer bildet die Basis bei solchen Überlegungen das Gesetz sowie die Abwägung zwischen privaten und öffentlichen Interessen. Die rechtliche Ausgangslage ist folgende: Das Grundstück wurde 1986 ohne Einsprachen von der Wohnzone W3 südlich in die Wohnzone WG3 und nördlich zur Zone für Gewerbe und Kleinindustrie umgezont. Somit gibt es keine Zweifel, wofür dieses Grundstück vorgesehen ist, nämlich Wohnen und Arbeiten. Diese Informa-

tionen sind öffentlich zugänglich, weshalb Personen, die in den letzten 30 Jahren ins Quartier gezogen sind, mit dem Risiko einer späteren Überbauung rechnen mussten. Gewerbe und Kleinindustrie tönt nach viel Lärm, oftmals sind es hässliche Bauten, welche man nicht gern in der Nachbarschaft hat. Im Gegensatz zu den Leuten, welche bei der Unterschriftensammlung unterzeichneten, hatte der Gemeinderat Einsicht in das Betriebskonzept. Beim Busterminal muss man sich nicht ein chaotisches Kommen und Gehen vorstellen oder Busse, die mit laufenden Motoren herumstehen. Das Busterminal ist geschlossen, die Passagiere und Cars halten sich vorwiegend drinnen auf. In der Hauptsaison von April bis Oktober und Dezember sind es während sechs Tagen total 180 Carfahrten über die Schaffhauserstrasse. Als Vergleich: Der Stadtbus ist während fünf Tagen von der Sonnenhofstrasse in Richtung Bühl 285 mal unterwegs. Auch bezüglich Mittags- und Nachtruhezeiten zeigt sich dieser Betrieb besser, als man sich vielleicht vorstellt. Die Reisen finden in einem Zeitfenster von 6:00 Uhr bis 10:00 Uhr morgens und 16:00 Uhr bis 21:00 Uhr abends statt. Wenn man das herunterrechnet, so sind es ca. 30 Cars täglich, die zu- und wegfahren, das über die Schaffhauserstrasse. Wiederum als Vergleich: Der Stadtbus ist von 6:00 Uhr bis 20:00 Uhr mit rund 60 Fahrten unterwegs. Zu reden gibt auch der private Verkehr der Reisegäste. Hier sprechen wir in der Hauptsaison von 280 Fahrten während sechs Tagen. Der auswärtige Verkehr wird über die Schaffhauserstrasse geleitet. Somit wird den Anwohnern kaum auffallen, wenn ein ortskundiger Tourist über die Sonnenhofstrasse anreist. Natürlich führen auch die Wohnungen zu mehr Verkehr. Da wird es wohl je nach Mieterschaft verschiedene Szenarien geben. Pendler, die im günstigen Thurgau eine Wohnung suchen, Personen mit dem Lebensmittelpunkt in Frauenfeld oder sogar Mitarbeiter der Firma Twerenbold. Die Firma passt von der gesetzlichen Ausgangslage her sehr gut auf dieses Grundstück. Das Betriebskonzept zeigt auf, dass die Anwohner einen Betrieb erhalten würden, der das Quartierleben nicht wesentlich beeinflusst. Bei den öffentlichen Interessen ist es selbstredend, dass der Landverkauf, die Arbeitsplätze, die Investitionen ins lokale Gewerbe und die zukünftigen Steuereinnahmen interessant sind. Aber für mich gibt es noch einen zusätzlichen wesentlichen Punkt. Die in der Schweiz lebende Gesellschaft liebt das Reisen. Auch geniesst sie in guter Gesundheit ein immer höheres Alter. Ist es da nicht toll, wenn wir in Frauenfeld eine Firma wie Twerenbold haben, wo wir via Stadtbus bequem europaweit verreisen können? Ich glaube, mit dieser Art von Firmenansiedlung ist uns sehr gedient. Das ganze Projekt erscheint mir gut durchdacht. Es ist architektonisch ansprechend und gibt den Frauenfelderinnen und Frauenfeldern einen Mehrwert. Sie merken, ich verstehe den ursprünglichen Schrecken der Unterzeichnenden, gehe aber davon aus, dass es sich bei genauer Kenntnis der Sachlage beruhigt. Ich wünsche mir, dass die Bevölkerung im Quartier sich mit diesem Projekt anfreundet und noch vor der eventuellen Bauphase mit der Firma Twerenbold in einen wohlwollenden nachbarschaftlichen Kontakt tritt, damit etwaige Befürchtungen widerlegt und gemeinschaftlich das Beste für alle herausgeholt werden kann. Sie verstehen, ich bin für Eintreten und ich bin auch für den Verkauf.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Ich bin verärgert. Ich bin verärgert über den Stadtrat. Jetzt kommt ein innovativer Unternehmer mit einem guten, zukunftsweisenden Projekt auf die Stadt zu und das alles wird gefährdet durch einen Oberschwachen Stadtrat. Die heutige Sitzungsplanung ist ein kleines Beispiel dafür, dass man nicht in der Lage war, ausserhalb der Fragestunde dieses Geschäft zu traktandieren. Der zweite Punkt: Ich kann die CVP/EVP-Fraktion nicht verstehen, dass man diese Botschaft, die uns da vorgelegt wird, auch noch lobt. Die Botschaft ist Oberschwach, lässt viele Fragen offen und gibt auf die entscheidenden Fragen keine Antwort. Die Botschaft kann beispielsweise nicht aufzeigen, warum aus strategischer Sicht dieser Verkauf und dieses Projekt nötig sind. Der Stadtrat hat keine Strategie, die das aufzeigt. Und ich verstehe alle in diesem Raum, denen der Geduldsfaden langsam reisst und die sich fragen müssen, wie lange wir noch solche unausgegorenen Projekte, die nicht durchdacht sind, einfach durchwinken müssen oder wie viel Aufwand wir betreiben müssen, um die nötigen Informationen doch noch zu erhalten. Und was vorher in der Fragestunde gesagt wurde, dass das Management der Stadt keinen Namen hat, kann ich nur unterstreichen, ich könnte das auch nicht beschreiben. Ich habe drei Fragen an den Stadtrat:

1. Was versteht der Stadtrat unter einer Strategie?
2. Warum passt dieses Grundstück nicht zur Strategie des Stadtrats? Warum ist beispielsweise ein Landabtausch in der Zukunft keine Möglichkeit, die strategisch Sinn machen würde?
3. Wie hat der Stadtrat versucht, die Anwohner zu informieren und ihnen aufzuzeigen, dass das Projekt sogar weniger Lärm verursachen soll? Wurde das Projekt vorgestellt und versucht, die Anwohner ins Boot zu holen?

Ich bin der Meinung, wir sollten dieses Projekt nicht durch die Unzulänglichkeiten des Stadtrats gefährden. Darum werde ich für Eintreten und für dieses Projekt stimmen, weil ich die Zukunft der Stadt und vor allem auch die wirtschaftliche Zukunft der Stadt nicht von einem schwachen Stadtrat abhängig machen will. Wir sollten unabhängig davon entscheiden.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wenn sich der Stadtrat mit einem Geschäft wie dem vorliegenden auseinandersetzt, dann stellt er dazu viele Überlegungen an. Er schaltet sein Hirn ein, auch wenn manche sagen, er sei hirnlos.

Zunächst einmal Grundsätzliches, so die Frage, wozu die Stadt eigene Grundstücke und Gebäude besitzen soll. Herr Gemperle, lesen Sie das Reglement über die Bodenpolitik, die Antwort steht dort. Art. 1: „Um eine planmässige städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und um Handänderungen zu unterstützen, die im öffentlichen Interesse liegen, gewährt die Gemeinde dem Stadtrat einen Kredit für den Erwerb von Grundstücken innerhalb der Gemeinde oder in den Nachbargemeinden, damit sie für voraussichtlich eigenen Bedarf sichergestellt oder zu tragbaren Bedingungen an Interessenten abgegeben werden.“ Die Zwecke können also wirtschaftlicher, sozialer oder städtebaulicher Natur sein. Diejenigen Grundstücke und Gebäude, die die Stadt für eigene Zwecke benötigt, befinden sich im Verwaltungsvermögen und/oder in der öffentlichen Zone.

Eine weitere grundsätzliche Frage ist diejenige, welche Strategie die Stadt dann im Zusammenhang mit Liegenschaften verfolgt. Ehrlich gesagt hängt mir diese Frage langsam zur Nase heraus, weil wir selbstverständlich eine Strategie haben. Wir haben, wie ich Ihnen heute im Rahmen der Fragestunde schon einmal gesagt habe, die Elemente einer Liegenschaftenstrategie seit Jahren, seit Jahrzehnten. Nämlich eine übergeordnete visuelle strategische, eine untergeordnete operative sowie eine dazwischen liegende taktische Ebene. Mit Richt- und Zonenplan verfügt die Stadt über die strategische Sicht. Mit der Zuordnung der städtischen Liegenschaften zu den verschiedenen Zonen öffentliche Zone, Wohnzone, Gewerbezone, Industriezone, Landwirtschaftszone verfügt die Stadt auch über die Taktik. Also sagen Sie mir nicht, wir hätten keine Strategie und keine Taktik. Das ist schlicht falsch.

Und schliesslich ist bei einem solchen Geschäft auch die Rechtsgrundlage zu klären. Und diese liegt in diversen Erlassen vor. Im Reglement über die Bodenpolitik, in der Gemeindeordnung Art. 2 bereits heute erwähnt und gegebenenfalls, gegebenenfalls im Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum.

Aufbauend auf diesen grundsätzlichen Überlegungen hat der Stadtrat sich dann im Hinblick auf die Entscheidungsfindung diverse konkrete Fragen gestellt. Welchen Zweck hat das Vorhaben? Decken sich die Zwecke mit den Zielsetzungen der Stadt? Laufen sie allenfalls Zielsetzungen der Stadt entgegen? Welche positiven Auswirkungen sind zu erwarten? Welche negativen Auswirkungen könnten sich einstellen? Und wie kann man diese negativen Auswirkungen minimieren?

Nun, der Zweck ist hinlänglich bekannt, es soll ein Reisetterminal inklusive geschlossene, ich wiederhole: geschlossene Bushalle entstehen mit ebenfalls im Gebäude befindlichen Parkierflächen, einem Reisezentrum und einer Cafeteria. Bis zu 100 Büro- und Dienstleistungsarbeitsplätze werden vor Ort geschaffen. Am Anfang sind es 60, es werden dann im Lauf der Jahre bis zu 100

sein. Bei der Post haben wir die ähnliche Entwicklung durchgemacht, dort waren es anfänglich aus dem Thurgau 180 Mitarbeitende, in der Zwischenzeit sind es 230 aus dem Thurgau. Und es sollen 32 Wohnungen gebaut werden. Inwiefern deckt sich das mit den Zielsetzungen der Stadt? Entgegen anderslautenden Bemerkungen heute: Es deckt sich mit den Zielsetzungen der Stadt. Das Grundstück befindet sich seit 1986 in der Zone für Gewerbe und Kleinindustrie Richtung Schaffhauserstrasse und Autobahn und in der Zone für Wohnen und Gewerbe nämlich Richtung Pflanzschulstrasse. Sie sehen das auf dem Zonenplan, der obere Teil ist eindeutig Gewerbe und Kleinindustrie und der untere Teil ist schraffiert die gemischte Zone. Aufgrund dieser Zone ist es logisch, dass die Wohngebäude Richtung Wohngebäude platziert werden, also von einer Marginalisierung ist da überhaupt nicht die Rede, das ist eine Logik. Die damalige Zonenfestsetzung fand ohne Einsprachen statt. Und auch bei späteren Zonenplanrevisionen – es haben zwei stattgefunden – wurde kein Einspruch erhoben. Das Grundstück befindet sich im städtischen Finanzvermögen, auch das ist eine Aussage darüber, was die Stadt mit diesem Grundstück will. Sie will es nämlich klar vorrangig für wirtschaftliche Zwecke einsetzen, sprich für die Ansiedlung von Unternehmen. Wenn sie es für eigene Zwecke gebraucht hätte, hätte sie es in die öffentliche Zone eingezont.

Der Stadt ist es wichtig, dass die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze mit derjenigen des Wohnraums Schritt hält. Mit der Schaffung von bis zu 100 Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor auf der einen und von 32 Wohnungen, wovon 24 mittlere und acht grosse Wohnungen sein werden, wird auf der anderen Seite ungefähr gleich viel Wohnraum erstellt. Auch läuft das Projekt keinen städtischen Zielsetzungen entgegen. Der Gewerbeteil des Grundstücks ist mit bis zu 100 Arbeitsplätzen gut genutzt. Es liegt in der richtigen Zone und es liegt auch am richtigen Ort. Eine eigene Verwendung des Grundstücks ist auch in weiter Ferne nicht in Sicht und war auch nie die Absicht mit diesem Grundstück. Es läge sonst in einer anderen Zone, eben in der öffentlichen. Und eine Unterstellung unter das Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum ist nicht sinnvoll. Nicht zuletzt deshalb, weil im gleichen Quartier bereits eine Wohnbaugenossenschaft tätig ist und eine weitere nur 400 m weiter 80 Wohnungen plant. Einfach, damit Sie es wissen, gegenwärtig sind 153 Wohnungen in der Stadt Frauenfeld leerstehend, es waren vor einem Jahr 107, der Leerwohnungsbestand hat zugenommen und beträgt heute 1.29 %, das ist immer noch weit unter dem Durchschnitt, aber er hat von 0.89 % auf 1.29 % zugenommen. Es bestehen also einige Wohnungen auf dem Markt.

Nun zu den positiven Auswirkungen dieses Projekts: Es entstehen bis zu 100 Arbeitsplätze, wir haben es gehört, 32 Wohnungen, es wird ein Wirtschaftszweig angesiedelt im Dienstleistungsbereich, der auch für Einwohnerinnen und Einwohner von Frauenfeld attraktiv sein kann. Twerenbold wird Aufträge an Gewerbe und Hotels generieren. Es gibt einige, die am Tag vorher anreisen werden für diese Reisen, die dann von Frauenfeld aus starten. Und durch die Beschaffenheit der Bauten, die Sie hier im Modell sehen, entsteht ein Lärmriegel für die dahinterliegende Wohnzone. Auch das eine strategische Überlegung, als man die Zone festlegte. Vorne der Riegel, Gemeinderat Michael Pöll hat es genau gesagt, vorne der Riegel, in dem Gewerbe und Kleinindustrie hingestellt werden kann eben als Riegel, damit der Lärm von der Schaffhauserstrasse und von der Autobahn vom Wohnquartier abgehalten wird. Und architektonisch verleiht der Neubau dem Stadteingang ein modernes Gesicht. Gut, über Geschmäcker lässt sich streiten, ich selber hätte nichts gegen ein solches Gebäude in der Nachbarschaft, ich schaue jetzt an die Bahn und die Bahn kommt in einem grossen Takt daher, auch nachts im Übrigen.

Der Stadtrat hat sich aber auch, und das darf ich an Ihre Adresse sagen, über die negativen Auswirkungen Gedanken gemacht. Wir haben uns auch damit auseinandergesetzt. Sie haben es selber in Ihren Stellungnahmen auch auf Facebook deutlich gemacht und in der Unterschriftensammlung, Sie sehen diese vor allem bei der Verkehrszunahme, bei möglichem Lärm und bei Fragen der Sicherheit, was den Schulweg betrifft. Das Betriebskonzept lag Ihnen nicht vor, da können Sie nichts dafür, aber den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten lag es vor. Das Be-

triebskonzept von Twerenbold rechnet aufgrund von Erfahrungszahlen aus Baden, also nicht einfach erfundene Zahlen, sondern aufgrund von Erfahrungszahlen mit 300 bis 370 zusätzlichen Verkehrsbewegungen pro Tag. Eine Bewegung ist hin, kann auch rück sein, aber dann wird sie wieder als Bewegung gezählt. Also 300 bis 370 Verkehrsbewegungen pro Tag je nach Saison. Zum Vergleich, damit man das in Relation setzen kann, auf der Schaffhauserstrasse messen wir heute 7700 Verkehrsbewegungen pro Tag. Dem stehen also diese 300 bis 370 gegenüber. Die zusätzlichen Verkehrsbewegungen rühren in der Hauptsaison zu 18 %, nicht 80 %, zu 18 % von den Kunden und Bussen und in der Nebensaison zu 2 % von diesen. Die übrigen 82 % bis 98 % sind auf die Anwohner und Mitarbeitenden zurückzuführen, wobei die Anwohner den grösseren Teil ausmachen werden. Wir können es auch anders sagen: Wenn Sie auf diesem Grundstück eine doppelte Wohnnutzung machen oder sogar das ganze Grundstück für Wohnungen brauchen, dann wird das am meisten Verkehrsbewegungen und somit auch am meisten Lärm generieren. Was das Zufahrtsregime betrifft, das ist auch ganz wichtig und diese Sorge kann ich nachvollziehen, die Busse werden vertraglich mit der Baubewilligung dazu verpflichtet, über die Schaffhauserstrasse anzufahren. Schaffhauserstrasse, Einlenker, Sonnenhofstrasse, so rum und dann rein. Diese tangieren den Schulweg nicht und schon gar nicht den Robinsonspielplatz. Die Mitarbeitenden werden je nachdem, wo sie wohnen, zufahren, dasselbe gilt natürlich auch für die Anwohner, je nachdem wohin sie wollen. Die Kundinnen und Kunden, das ist auch eine Angst, die ich nachvollziehen kann, werden sich wahrscheinlich nach dem Navigationsgerät orientieren und das Navigationsgerät, ich habe es selber ausprobiert, empfiehlt nur gerade, wenn man von Gachnang her anfährt die Sonnenhofstrasse. Sonst empfiehlt es immer die Schaffhauserstrasse. Als Ausweichroute wird in Fällen von Matzingen her, aber eben als Ausweichroute, nicht als empfohlene Variante ebenfalls die Sonnenhofstrasse angegeben. Also insgesamt muss man sagen, was das Zufahrtsregime betrifft, dürften Ihre Bedenken nicht zutreffen.

Sie sehen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Besucherinnen und Besucher, der Stadtrat hat sich ausführlich mit dem Projekt auseinandergesetzt und er empfiehlt sowohl Eintreten als auch Annahme. Erlauben Sie mir bitte noch eine Bemerkung zum Vorwurf der Unvollständigkeit der Botschaft, die viele Fragen offen lasse. Dazu möchte ich gern Folgendes festhalten: Es wurde Ihnen eine siebenseitige Botschaft, ein fünfseitiges Betriebskonzept und ein siebenseitiger Kaufvertrag zugestellt. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass darin das entscheidende Relevante enthalten ist. Wenn nun viele Fragen gestellt worden sind bzw. werden, so darf ich zum einen feststellen, dass einige sich davon beantworten liessen unter Beizug dieser Unterlagen. Einige, aber nicht alle. Andere Fragen haben wir im Vorfeld erhalten und dann schriftlich beantwortet. Und gestützt darauf konnte eine Fraktion bereits vor der GPK-Sitzung ihre Parole für die Gemeinderatsdebatte fassen. Ich werte das als Zeichen dafür, dass diese Fraktion wie auch die anderen über die entscheidungsrelevanten Fakten verfügt hat.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Können wir jetzt abstimmen oder wünscht noch jemand das Wort? Thomas Gemperle, aber kurz, sonst unterbreche ich Sie.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Vielen Dank für die Erklärungen und auch vielen Dank für die Ausführungen des Stadtrats, die ich grossenteils teile, also vor allem die positiven Auswirkungen des Projekts. Zwei Anmerkungen zur Botschaft: Die Anlagen und Ergänzungen wurden nachgeliefert und waren nicht Bestandteil der Botschaft, sie wurden auf Anfrage erst nachträglich geliefert. Der zweite Punkt: Meine Fragen wurden erneut oberflächlich oder gar nicht beantwortet, vor allem was die Strategie betrifft. Da gehört vor allem dazu, wie man auch mit Faktoren umgeht, die die Zielerreichung beeinträchtigen können. Nur die Ziele auflisten ist nicht Bestandteil einer Strategie. Und ein Faktor, der der Zielerreichung entgegengetreten könnte, sind die Anwohner und die Bevölkerung, die Opposition leisten. Die Frage, wie damit umgegangen wurde und wie die Bevölkerung informiert wurde, wurde nicht beantwortet.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Botschaft wurde Ihnen am 10. Juli zugestellt. Beilagen: beurkundeter Kaufvertrag, Immobilienbewertung der TKB und Betriebskonzept. Zuhanden der GPK war das alles dabei, was ich vorhin genannt habe. Wir haben immer wieder Diskussionen darüber, inwiefern wir Partizipationsprozesse machen müssen. Ich weiss, dass wir das in anderen Zusammenhängen auch diskutieren. Im vorliegenden Fall war der Stadtrat der Auffassung, dass es bei diesem Projekt, weil es positive Aspekte auch für die Anwohnerinnen und Anwohner hat, das partizipative Element nicht braucht, deshalb hat er im Vorfeld auch keinen Prozess gemacht, sondern dass er über den Gemeinderat geht, der ja die Vertretung der Bevölkerung ist und insofern auch die Stimme der Bevölkerung erheben kann, wie das bereits heute Abend geschehen ist. Deshalb haben wir hier aufgrund unserer Einschätzung des Projekts und dessen Auswirkungen keinen partizipativen Prozess mit Einbezug der Bevölkerung gemacht. Im Nachhinein hat ja eine angeregte Diskussion über Facebook stattgefunden, die Sie vielleicht auch mitverfolgt haben. Dort habe ich auch in sachdienlicher Hinsicht entsprechende Informationen gegeben.

Abstimmung

Der Antrag auf Nichteintreten von Gemeinderat Elio Bohner wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 8 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Somit ist Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: In der Detailberatung gab es grundsätzlich – ich betone grundsätzlich – keine weiteren Fragen. Es wurde aber der Antrag gestellt, den Kaufvertrag mit einer Bestimmung zu ergänzen, die den Käufer verpflichtet, die Wohnungen nach dem Grundsatz der Kostenmiete zu vermieten. Auf Nachfrage der Kommission wurde durch die Verantwortlichen seitens der Stadt die Kostenmiete dahingehend erklärt, dass der Mietzins nur die effektiven Kosten decken darf. Dazu gehören die Anlagekosten, Kapitalverzinsung, Abschreibung und Rückstellungen für Erneuerungen und Betriebskosten, wie es gemäss Art. 4 im Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum definiert ist. Dieser Antrag wurde diskutiert, zu diesem Thema wurden verschiedene Voten geäussert. Es kam dann im Nachgang noch die Frage nach der Abparzellierung. Diese wurde dahingehend beantwortet, dass diese Möglichkeit bestünde, da dies ein privatrechtlicher Vorgang sei. Dienstbarkeiten wie das Wegrecht, das den Zugang zum hinteren Grundstück gewährleistet, müssten allerdings übertragen werden. Zudem bestehe ein Vorkaufrecht der Stadt, damit mit städtischem Land nicht spekuliert werden kann. Die Stadt könnte das Land zum ursprünglichen Preis zuzüglich der Anlagekosten zurückkaufen. Der Antrag wurde mit 3 zu 2 bei 1 Enthaltung abgelehnt. Ein Kommissionsmitglied musste die Sitzung früher verlassen, deshalb waren es nur noch 6. Dem Antrag zur Botschaft wurde mit 4 zu 2 zugestimmt.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Zuerst eine Bitte an Gemeinderat Thomas Gemperle: Ich bitte dich, hier verbale Angriffe zu unterlassen. Insbesondere bitte ich dich auch darum, die Meinung unserer Fraktion und auch die Meinung anderer Fraktionen zu respektieren. Es kann sein, dass wir die Botschaft anders sehen als du, aus diesem Grund bin ich der Meinung, steht es dir nicht zu, solche Angriffe zu machen. Im Übrigen sage ich dir etwas als Bauunternehmer, wir können gern Baudeutsch in diesem Rat einführen. Aber ich glaube, dann stehe ich mehr am Mikrophon als ihr, und das kommt definitiv nicht gut an. Ich glaube, es ist eine Pflicht von uns als Parlamentarier und hierfür bin ich ein gutes Beispiel, dass wir hier drin anständig miteinander reden, manchmal auch Vertrauen nicht brauchen, aber sonst sind wir verpflichtet gegenüber unseren Bürgern ...

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Bitte zum Thema, Gemeinderat Stefan Geiges.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Danke, das war mir relativ wichtig. Ich komme zur Detailberatung. Die CVP/EVP-Fraktion hat die Botschaft und die ergänzenden Erläuterungen zu diesem Projekt eingehend, seriös und vertieft diskutiert und geprüft. Wir anerkennen ausdrücklich die gute Arbeit und das gute Verhandlungsgeschick unseres Stadtrats. Wir anerkennen aber auch, dass die Käuferin Twerenbold AG der Stadt weitgehend entgegengekommen ist und auch finanziell bereits umfangreiche Vorleistungen gemacht hat. Unsere Fraktion anerkennt ausdrücklich die gute Qualität dieses Gesamtprojekts. Ob wir in diesem Gesamtprojekt jetzt plötzlich noch eine städtische Gesamtimmobilienstrategie brauchen, bezweifeln wir. Wenn eine solche Strategie der Wunsch ist, unabhängig von diesem Vorhaben von heute, dann soll man einen Vorstoss dazu machen, wir bieten sicher Hand dazu.

Heute steht im Mittelpunkt, was geplant ist für das, wofür das Grundstück verkauft werden soll. Die Frage ist: Wollen wir oder wollen wir es nicht? Das Vorhaben entspricht in allen Punkten dem geltenden Recht, es entspricht dem Richtplan Siedlung und Verkehr, es entspricht dem geltenden Zonenplan und der Bauordnung. Was unser Rat noch braucht, ist der Wille dazu, einen klaren Entscheid zu fällen. Dass in der Zwischenzeit über 450 Unterschriften gegen dieses Projekt gesammelt worden sind, haben wir zu respektieren. Wir werden alles unternehmen, dass die befürchteten Nebenwirkungen von der Sicherheit der Schulkinder bis zum allfälligen Mehrverkehr von Schönenhof- und Sonnenhofstrasse in verträglichem Mass passiert. Hier ist anzufügen, dass dieses Land, und das wurde heute schon mehrmals gesagt, zonenkonform ist. Es ist Wohn- und Gewerbezone und Gewerbezone und dabei wird es immer Konflikte mit der Nachbarparzelle geben. Wieso hatten wir in der Fragestunde so viele Fragen, bisher aber keinen politischen Vorstoss, dieses Land umzuzonen? Dann hätten wir die Arbeit als Parlamentarier vielleicht vorher machen sollen. Wir sprechen hier von einem Betriebsgebäude mit 16 Stammplätzen für Reisecars und ein Parkhaus. Es passt auf zwei Geschosse, total 188 Parkplätze für die Reisekunden plus 92 Parkplätze für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und hat noch ein paar Aussenparkplätze für Besucher, Lieferanten und Kunden. Wir haben lieber 188 Parkplätze für Ferienreisende, die ihr Auto hier stehen lassen und einen Reiscar nutzen. Mir ist es lieber, die Autos stehen für einige Tage bei uns im Parkhaus als vor dem Gotthardtunnel. Die Befürchtungen, dass die 188 Autos zu einer massiven Zunahme an Verkehr auf der Sonnenhofstrasse führen, sehen wir so noch nicht ganz. Dass die Sonnenhofstrasse und die Schönenhofstrasse heute schon durch Schleichverkehr belastet werden, ist leider Realität, hat aber nichts zu tun mit dem Bushof, den wir hier bauen wollen.

Wir sprechen hier heute über einen seriösen, professionell geführten Busreisebetrieb. Es steht am Rand eines Gewerbe- und Wohngebiets im Westen der Stadt Frauenfeld. Hier stehen seit Jahren viele andere Unternehmen. Mit 750 Mitarbeitern der grösste private Arbeitgeber in Frauenfeld Baumer AG, aber auch die Glatz AG. Es bestehen etliche Garagenbetriebe, mechanische Werkstatt wie die Thalmann AG, aber auch ein Einkaufszentrum hat es da und so weiter und so fort. Hier im Westen sind die wichtigsten Sportstätten vom Fussballplatz über die Eishalle bis zur Turnfabrik. In Frauenfeld boomt es also nicht nur im Osten, sondern eben schon lange im Westen. Und das ist auch gut so. Denn wenn einmal nichts mehr läuft, haben wir hier im Rat und in Frauenfeld ganz andere Sorgen.

Also über was reden wir? Wir reden über den Verkauf von 9510 m² Land zum Preis von 5.7 Millionen Franken. Diesen Betrag hat der Stadtrat mit der Käuferin ausgehandelt und das ist ein guter Preis. Wir gratulieren der Stadt zu diesem Erfolg. Als Legislative müssen wir keine nachträglichen politischen Bewertungen machen, solange Recht und Gesetz bei den Verhandlungen eingehalten worden sind. Wir müssen uns auch nicht darüber unterhalten, ob man das Land zwingend im Baurecht oder nicht im Baurecht hätte geben müssen. Diesen Verhandlungsspielraum hat unsere Exekutive, sprich der Stadtrat. Es entstehen etwa 80, hoffentlich über 100 zusätzliche neue Arbeitsplätze, es sind anständige, solide Arbeitsplätze für Berufsleute und mittleres Kader. Und wenn sie sogar in unserer Stadt wohnen, profitiert auch unsere Infrastruktur

davon. Es ist auch davon auszugehen, dass das Zuliefergewerbe von dieser ganzen Sache mit 30 bis 40 Arbeitsplätzen profitiert, und wenn es nicht davon profitiert, würden sie im Minimum abgesichert durch einen zusätzlichen Gewerbebetrieb wie Twerenbold. Wir sind überzeugt, dass Twerenbold etwas Schönes bauen wird, darin investiert die Firma 30 Millionen Franken. Es wurde ein seriöser Architekturwettbewerb durchgeführt. Unser Hochbauchef war in der Jury und stimmte dem Siegerprojekt zu. Das Projekt passt zu Frauenfeld und es trifft nicht zu, dass irgendetwas einfach mangelhaft ist. Es ist auch nicht so, dass die Stadt ein Stück Land in idyllischer Umgebung zubetonieren lässt. Im Umkreis von einigen 100 m liegen grosse industrielle Anlagen, zum Beispiel die Zuckerfabrik, im Norden die gut befahrene Schaffhauserstrasse und im Westen führt die Autobahn vorbei. Der Busbahnhof passt also bestens in dieses Dreieck. Die Stadt hat auch in Bezug auf die Lärmvermeidung das Maximum herausgeholt. Wie auch immer die Diskussion heute Abend hier im Rat verlaufen wird, bitte denken Sie auch daran, welches Bild wir heute abgeben. Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er gescheit und im Interesse unserer Stadt handelt. Es ist uns bewusst und das ist auch klar, vielleicht nicht im Interesse unserer Besucherinnen und Besucher auf der Galerie. Wir danken dem Stadtrat für die erfolgreiche Arbeit und für die top solide Botschaft und stimmen dieser Botschaft einstimmig zu.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Vielen Dank für das Votum. Das waren jetzt genau die 10 Minuten Redezeit, die jedem zustehen. Also bitte nehmen Sie Mass an Stefan Geiges bezüglich der Zeit.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich probiere es ein bisschen kürzer. Auch wir haben dieses Landgeschäft sehr intensiv und tiefgründig diskutiert. Vorab unsere Kritikpunkte oder wenn es eben zu viel ist Verbesserungsvorschläge an den Stadtrat. Nach wie vor fehlt genau das Grundlagenpapier betreffend strategische Ausrichtung und Entwicklung von Immobilien und Ländereien. Es tauchen Fragen auf „könnten, sollten, müssten“ mit diesem Landstück nicht andere Bedürfnisse befriedigt werden? Auch müssen sich in diesem Punkt Körperschaften der Schule und die politische Gemeinde besser austauschen und die strategische Ausrichtung abstimmen und allenfalls halt in der GPK oder im Rat kommunizieren. Die Budgetierung des Ertrags bei diesem Landverkauf ist bereits eingeflossen. Ich bin nicht so sicher, ob das richtig ist oder eben erst nach der Abstimmung hätte passieren müssen.

Die oben genannten Punkte haben aber den Antrag des Stadtrats bei uns in der Fraktion nicht grundlegend tangiert. In Zukunft wird dies aber bei einer Meinungsfassung bei gleichgelagerten Geschäften ein elementar wichtiger Punkt sein. Denken wir nur an eine allfällige Verlagerung des Werkhofs, der Stadtbusse oder der Feuerwehr oder was sonst noch alles ansteht. Wir bitten den Stadtrat, diesen Ausstand baldmöglichst zu bereinigen.

Das Engagement der Anwohner mit der Unterschriftensammlung von 480 Personen haben wir zur Kenntnis genommen und die Argumente ebenfalls eingehend abgewogen. Wir können die Bedenken nachvollziehen und sehen ein, dass je nach Sichtweise gewisse Herausforderungen anstehen und ob jetzt oder später, dieses Land ist und bleibt bei gleicher Nutzungsbestimmung eingezont. Diese Herausforderungen würden also auch später anstehen. Wir haben aber die übergeordneten Interessen der Stadt höher gewichtet und stimmen dem Geschäft mehrheitlich zu. Der Zonenplan sieht in diesem Bereich eine Nutzung von Gewerbe und Wohnen vor. Somit bringt jede Bebauung des Grundstücks, egal welches Gewerbe, zusätzliche Immissionen. Auch wir, alle Mitbürgerinnen und Mitbürger tragen zu diesen Immissionen bei, die meisten von uns fahren mit dem Zug, Auto oder Bus zu ihren Arbeitsplätzen. Grösstenteils verreisen wir mit den gleichen Verkehrsmitteln zuzüglich dem Flugzeug in die Ferien. Alle profitieren von einer optimalen Versorgungslage hier in der Schweiz, wobei auch diese Waren mit den gleichen Transportmitteln befördert werden. Ebenfalls schätzen wir einen sicheren Arbeitsplatz mit einem Arbeitgeber, der das Risiko der Arbeitsbeschaffung, der Investitionen und des Erfolgs – es kann ja

auch einmal ein bisschen ein schlechteres Jahr sein – auf sich nimmt. Genau diese Punkte verkörpert die Firma Twerenbold mit dem Interesse an diesem Land und dem darauf vorgesehenen Bauprojekt. Mit der vorgesehenen Überbauung als Riegel zum Bestand übernimmt die Firma sogar das Risiko der ungünstigeren Wohnsituation. Was will man da noch mehr? Wir danken der risikobereiten Unternehmung für das Interesse an diesem Land sowie schlussendlich auch an unserer Stadt und hoffen, dass bald möglichst viele Gäste von Frauenfeld aus in die weite Welt reisen können. Danke für die Zustimmung.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich versuche, mich kurz zu halten. Kurz zu den Argumenten, die wir gehört haben: Zur Botschaft: Der Aufwand der Firma Twerenbold ist sehr wohl ersichtlich in dem Dokument, das wir erhalten haben. Auch in der halbstündigen Präsentation, die wir während der GPK-Sitzung erfahren durften, war sehr wohl gut aufgezeigt, dass es da Klärungsbedarf gab. Deshalb finde ich, ist es durchaus erlaubt, hier eine gewisse Kritik anzubringen. Zur Steuerung sollte unseres Erachtens aber das ganze Land im Baurecht genutzt werden. Das Pauschalargument, Firmen möchten kein Baurecht, zieht so einfach nicht. Das kann für die Twerenbold stimmen, das weiss ich nicht, aber als pauschale Aussage stimmt das einfach nicht. Dann haben wir darüber gesprochen, wie die Nutzung des Geländes stattfindet. Wir haben es vorhin angesprochen, auf Seite 4 ist ziemlich gut ersichtlich, für die Anwesenden im Saal bei diesem Modell, die Nutzung ist nicht halbe halbe. Die Nutzung ist ganz klar zugunsten des Betriebs und ein bisschen noch Wohnnutzung mit diesem Riegel am Schluss.

Nun komme ich direkt zum Antrag, den die Gemeinderäte von uns erhalten haben, die Kostenmiete. Die Kostenmiete beinhaltet, und das ist wichtig, auch eine angemessene Rendite für den Unternehmer. Es ist nicht nur kostendeckend, es ist inklusive Rendite. Das ist entscheidend. Deshalb möchte ich den Antrag stellen, den Sie auch erhalten haben, dass der Kaufvertrag in Ziffer 15 wie folgt mit dem Abs. 2 ergänzt wird: „Die Käuferin verpflichtet sich, die Wohnungen zu einem Mietzins gemäss Art. 4 Abs. 1 lit. b des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum inklusive einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung zu vermieten.“

Zur Begründung: Im April 2016 hat der Gemeinderat als Antwort auf die von CH mit Rekordergebnis eingereichte Wohninitiative, wie vorhin schon erwähnt, eine Mehrheit beschlossen. Wie in der Präsentation des Stadtrats für die GPK steht, muss sich die Stadt für die Erhaltung und Schaffung von preisgünstigen, qualitativ guten Wohnungen einsetzen und das Kostenmieteangebot erhöhen. Wir haben aber nicht nur diese grundsätzliche Verpflichtung, sondern auch eine ganz konkrete, nämlich Erwerb und Abgabe von geeigneten Grundstücken. Das steht ausdrücklich so im Reglement. Klarzustellen ist, dass diese städtischen Pflichten selbstverständlich auch für alle städtischen Grundstücke gelten, die sich zum Wohnen eignen. Nicht nur für diejenigen auf der Liste gemäss Art. 3 des Reglements. Es braucht keine Unterstellung unter das Reglement. Wir haben heute in der Fragestunde bestätigt bekommen, dass die Stadt nur über wenige unbebaute Grundstücke verfügt, die sich für die Wohnnutzung auch eignen. Es sind ein paar wenige und diese sind wie gehört nur teilweise gut nutzbar. Umso mehr muss bei diesen Grundstücken, zu denen auch die hier in der Diskussion stehende Parzelle gehört, die Priorität bei der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum liegen. Das rare oder auch seltene Wohnbauland der Stadt muss für gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnbau reserviert bleiben. Wenn nun das Land nicht an einen gemeinnützigen Investor verkauft wird, sondern an einen renditeorientierten, dann braucht es eine entsprechende Verpflichtung im Kaufvertrag, ansonsten herrscht Narrenfreiheit. Das Mittel der Wahl für die mittel- und langfristige Garantie von preisgünstigem Wohnraum ist die Kostenmiete. Der Begriff ist allgemein anerkannt und wird auch entsprechend einem stadträtlichen Vorschlag in unserem Reglement genannt und definiert. Im Reglement steht allgemein Kapitalverzinsung. Um klarzustellen, dass ein renditeorientierter Investor wie in diesem Fall eine angemessene Rendite erwirtschaften kann, wird im Antrag ausdrücklich das

Eigenkapital genannt. Die Ergänzung sehen wir hier am ehesten in Ziffer 15 mit dem Titel „Erstellung Wohnbauten“. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Ein Teil unserer Fraktion zumindest könnte sich zu diesem Antrag gern hinreissen lassen. Wir möchten aber vom Stadtrat wissen, ob es einfach so möglich ist, diesen Vertrag zu ändern oder ob man den Vertrag komplett neu aufsetzen und unterschreiben lassen muss.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Der Vertrag wäre neu aufzusetzen.

Gemeinderat Michael Lerch (FDP): Ich fühle mich genötigt, hier etwas klarzustellen. Der Vertrag müsste nicht komplett neu aufgesetzt werden, sondern er könnte abgeändert werden. Es bedarf aber natürlich der Zustimmung der Firma Twerenbold, und somit wäre es notwendig, gewisse Dinge neu auszuhandeln. Eventuell sagt die Firma Twerenbold, wir sind bereit, aber nicht zu diesem Preis, weil die ganze Übung nicht mehr aufgeht. Somit könnte das Geschäft im Endeffekt platzen. Ich bin der Meinung, die Verhandlungen über den Vertrag sind im Vorfeld gelaufen, der Vertrag ist beurkundet und dieser Rat hat zu befinden, ob wir das Geschäft, so wie es vorliegt, durchwinken wollen oder ob wir es ablehnen wollen. Aber den Vertrag abändern durch den Gemeinderat wird etwas schwierig, denn der Vertrag bedingt die Zustimmung von zwei Parteien. Wir sind die eine Seite, die andere Seite sitzt oben auf der Tribüne und kann sich hier nicht äussern. Somit bin ich der Meinung, der Antrag ist daher abzulehnen, dann kann man das ganze Geschäft ablehnen und dann sieht man, was daraus wird.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir werden diesen Antrag ebenfalls einstimmig ablehnen. Die Begründung wurde bereits erwähnt. Es gibt für mich noch zwei oder drei andere Gründe. Für mich ist es ein Eingriff in die Kompetenz des Stadtrats. Er ist dafür verantwortlich, innerhalb des gesetzlichen Rahmens solche Verhandlungen zu führen und er hat den Vertrag auch so gemacht. Er hat es aus unserer Sicht, wir haben es heute schon einmal gesagt, sehr umsichtig und erfolgreich geführt. Jetzt noch einmal in Vertragsverhandlungen zu gehen, finde ich ganz schwierig. Ich persönlich als Unternehmer muss sagen, Herr Twerenbold gibt nicht nur 5.7 Millionen Franken aus, er hat auch einen Architekturwettbewerb durchgezogen, gibt gesamthaft viel mehr Geld aus und dann will er noch 30 Millionen Franken bei uns investieren. Ein weiterer Grund ist auch, Mietwohnungen stehen in Bezug auf den Mietzins in einem harten Wettbewerb mit anderen Investoren, die auf privatem Grund und Boden Wohnraum geschaffen haben. Es ist nicht Aufgabe des Stadtrats, einseitig in diesen Markt einzugreifen und zum Beispiel der Firma Twerenbold hier solche Auflagen zu machen. Der Markt besteht aus Nachfrage und Angebot und wird dafür sorgen, dass der Vermieter die Miete erhält, welche er generieren kann. Vielleicht ist es so, dass er selbstverständlich das Projekt mit der Miete finanziert, das ist möglich. Der Markt wird es regeln. Die geplanten Mietwohnungen werden nach meiner Einschätzung eher einen tiefen Preis erhalten. Der Stadtpräsident hat es gesagt, in Frauenfeld besteht ein Leerwohnungsbestand und die Wohnungen befinden sich nicht gerade an einer Traumlage. Von daher wird der Markt sich richten. Den dritten Punkt haben wir heute auch schon mehrfach erwähnt, wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass er das gut gemacht hat.

Gemeinderat Sandro Erne (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat die Botschaft zum Verkauf des Grundstücks 50967 an die Twerenbold Service AG eingehend studiert und diskutiert. Dass ein solcher Landverkauf an ein Unternehmen, welches im Bereich Reisebusiness tätig ist, zu Diskussionen und Ängsten bei den direkten Anwohnern führt, war im ersten Moment keine Überraschung. Um aufzuzeigen, weshalb genau dieses Projekt an genau diesem Standort so geeignet ist, sind folgende Fakten und Gegebenheiten für uns massgebend: Das Projekt befindet sich in der Wohn- /Gewerbezone, diese Parzelle ist genau für solche Projekte vorgesehen und das schon seit Jahrzehnten. Es ist also zonenkonform. Es wurde stark darauf

geachtet, dass das Projekt nahe der Autobahn und an einer Hauptstrasse zu liegen kommt, damit ein absolutes Minimum an Mehrverkehr in die Quartiere entsteht. Eine Nutzung für eigene Zwecke ist heute an diesem Standort für die Stadt Frauenfeld kein Thema mehr. Das Gelände wäre einerseits in der falschen Zone und die Fläche wäre für einen Werkhof, ein Feuerwehrdepot oder eine Stadtbushalle zu klein oder ungeeignet und würde eine zusätzliche Wohnnutzung nicht unterstützen. Wieso also etwas behalten, wenn man es nicht selber nutzen wird? Es bleibt hier zu sagen, dass eine eben genannte Nutzung zu massiv mehr Verkehrsbewegungen und Lärm für die Anwohner führen würde, als es beim Projekt Twerenbold der Fall wäre.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Gemeinderat Erne, sprechen Sie zum Antrag oder allgemein zum Geschäft? Eigentlich sind wir beim Antrag.

Gemeinderat Sandro Erne (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die FDP wird den Antrag ablehnen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Sie bekommen selbstverständlich nachher noch einmal das Wort. Versprochen. Wer möchte zum Antrag der Fraktion CH/GP/GLP noch sprechen?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich habe das Reglement selbstverständlich dabei. Kostenmiete haben wir im Reglement definiert und die Definition ist eindeutig und für uns bindend. Die Wohnungen werden gemäss dem Grundsatz der Kostenmiete vermietet. Das heisst, dass der Mietzins nur die effektiven Kosten decken darf. Dazu gehören die Anlagekosten, die Kapitalverzinsung, Abschreibungen, Rückstellungen für Erneuerungen und Betriebskosten. Von Rendite kein Wort. Entschuldigung, gibt es hier nicht. Kostenmiete bedeutet, dass gemäss unserem Reglement keine Rendite zulässig ist. Das müssen Sie einfach akzeptieren. Das akzeptieren wir als Stadtrat auch und das ist mit ein Grund, weshalb gerade dieses Grundstück nicht auf die Liste gekommen ist oder kommen wird, die nach Art. 3 „Der Stadtrat erstellt und publiziert eine Liste der städtischen Grundstücke, die sich gut für Wohnüberbauungen eignen und nicht für öffentliche Zwecke benötigt werden.“ Das „und“ kann hier sowohl als „und oder und/oder“ verstanden werden. Nur Grundstücke, die in dieser Liste aufgeführt sind, dürfen nur an Wohnbauträger abgegeben werden, welche die Vorgaben gemäss Art. 4 erfüllen. Das Grundstück kommt nicht auf diese Liste, weil es sich nicht eignet für Kostenmiete. Genau deshalb, weil es ein Grundstück ist, das in einer gemischten Zone liegt. In einer gemischten Zone, die zum Teil Gewerbe, zum Teil Wohnen heisst. Wenn Sie jetzt davon sprechen, es sei an den Rand gedrückt und es fülle nicht die ganze Zone aus – es ist eine gemischte Zone, deshalb muss es ja auch nicht das ganze Grundstück ausfüllen. Das ist nicht gemeint. Es liegt so, wie es architektonisch und lärmtechnisch Sinn macht. Es ist zudem eine ausgewogene Nutzung des Bodens für Wohnen und für Arbeiten, beides ausgewogen. Deshalb sind wir seitens des Stadtrats ganz klar der Meinung, dass der Antrag abzulehnen ist. Kostenmiete würde zum einen eine Neuverhandlung nötig machen, es würde zum anderen bedeuten, dass das Geschäft nicht dieses Jahr abgewickelt werden könnte, was gemäss Vertrag sein müsste. Das gefährdet somit das Geschäft existenziell, und wir werden keinen Gewerbetreibenden finden, der das Risiko zwar übernehmen darf, aber der gefälligst keine Rendite zu erzielen hat. Die Kostenmiete eignet sich bei genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnbauträgern, dort ist dies möglich, aber nicht mit Unternehmen.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Elio Bohner wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderat Sandro Erne (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Ich hänge da ein, wo ich aufgehört habe. Ich bin immer noch bei den Gründen, weshalb es dort am richtigen Ort

ist und was für uns massgebend war. Einige fragen sich ja auch, weshalb denn nicht von der Schaffhauserstrasse in das Areal eingemündet werden kann, damit die Sonnenhofstrasse entlastet wird. Das hat verschiedenste Gründe. Einer davon ist ein ökologischer Aspekt. Die Magerwiesenböschung und die Bäume müssen da stehenbleiben, auch darüber hat man sich bei der Ausarbeitung des Projekts Gedanken gemacht. Dann ist noch zu sagen, direkt vor dem Unternehmen ist eine Stadtbushaltestelle vorhanden und lädt die Reisenden wie auch die Mitarbeitenden dazu ein, mit dem ÖV anzureisen. Die Einnahmen des Verkaufs können zudem von der Stadt für weitere sehr wichtige Projekte, beispielsweise eine Badi verwendet werden und sind somit für die ganze Stadtbevölkerung wertvoll. Ein Unternehmen, welches bis zu 100 neue Arbeitsplätze schafft, ist für Frauenfeld eine Bereicherung und kompensiert zu einem Teil die bröckelnden Wirtschaftsträger aus dem Detailhandel und der Industrie. Wenn in Frauenfeld keine neuen Firmen ansässig werden können, weil sie infolge bürokratischer Hindernisse verschreckt werden, dann wird sich Frauenfeld auch nicht weiterentwickeln können. Die Chancen auf Wertschöpfung für das lokale Gewerbe und die Bevölkerung sind vorhanden.

Und nun wichtige Punkte, welche aus unserer Sicht klar aufzeigen, dass es unnötig ist, den Anwohnern Angst bezüglich Lärm und zusätzlichen Fahrzeugen zu machen: Es ist klar der Fall, dass die vorgesehene Gewerbenutzung zu den Gewerben mit mässigen Lärmemissionen gezählt wird. Ein Reiseкар verlässt das Terminal am Morgen und kehrt meist frühestens am Abend wieder zurück. Die Nutzer dieses Busses bewegen ihre Fahrzeuge somit auch nicht in dieser Zeit. Ein Gerüstbaubetrieb, welcher in unmittelbarer Nähe dazu ansässig ist, verursacht deutlich mehr Lärm, was offenbar auch jetzt von den Anwohnern kritisiert wird. Mit einer Realisierung des Terminals und der Wohnzeile wird dieser Lärm fast vollständig abgeschirmt. Eine reine Wohnnutzung, wie sie zum Beispiel mittig der Sonnenhofstrasse geplant ist, generiert um Welten mehr Verkehr als das Twerenbold-Projekt, und das den ganzen Tag hindurch. Die heutigen Busse sind zudem deutlich leiser geworden und sie stehen zur Vorbereitung innerhalb des Gebäudes hinter Toren. Sie können dort elektrisch vorgeheizt werden und müssen nicht auf dem Vorplatz den Motor laufen lassen. Der neue Wohnriegel bietet zudem einen direkten Schallschutz zu den jetzigen Wohnbauten. Er minimiert den direkten Luftschall welcher von der Schaffhauserstrasse und dem Busterminal ausgeht deutlich. Die Stadt hat im Zuge des Bewilligungsverfahrens die Auflage gemacht, dass die Busse jeweils nur in Richtung Schaffhauserstrasse ein- und ausfahren dürfen, um somit die Sonnenhofstrasse und deren Anwohner von Bewegungen und Lärm zu entlasten. Die Bewegungen mit den Reisecars werden pro Tag mit maximal 30 prognostiziert. Im Vergleich dazu: Der Stadtbus besucht die Haltestelle unter der Woche 57 mal pro Tag. Zudem sind von allen Bewegungen lediglich rund 50 % den Gewerbe- und Kundenfahrten zuzuordnen. Die andere Hälfte der Bewegungen würde durch die Wohnnutzung entstehen. Kunden aus den aussenliegenden Gemeinden werden mit dem Navi zum grössten Teil via Autobahn und Schaffhauserstrasse direkt zum Zielort gelenkt. Die Fraktion FDP ist einstimmig der Meinung, dass dieses Projekt einen Mehrwert für Frauenfeld bringt und das Projekt zudem sorgfältig und mit sehr hoher Rücksicht auf die Bewohner von Frauenfeld geplant wurde. Die Fraktion FDP erkennt, dass die Chancen gegenüber den Risiken bei diesem Projekt deutlich überwiegen, und stimmt dem Antrag des Stadtrats einstimmig zu.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Im Vorfeld des vorliegenden Geschäfts tauchten bei uns einige Fragen auf. Warum wurde gerade dieses Grundstück ausgewählt? Hätte nicht die Stadt Bedarf dafür? Warum sind gewisse Dinge in der Planung, zum Beispiel die Zufahrt so und nicht anders gewählt worden? Und wie steht es mit den Lärmemissionen? Mit Wohlwollen nehmen wir zur Kenntnis, dass sich auch die Anwohner mit dem Verkauf beschäftigt haben und sich für ihre Meinung einsetzen. Viele unserer Fragen konnten im Verlauf zu unserer Zufriedenheit beantwortet werden. Wir haben den Eindruck, dass das Geschäft seriös vorbereitet und abgeklärt worden ist. Für die Stadt scheint durch den Verkauf kein Nachteil zu entstehen, die Grundstücksauswahl war sorgfältig und die angrenzende Wohnzone wird durch den geplanten Wohnungsbau abgeschirmt von den entstehenden

Lärmemissionen. Doch es gibt auch einige Kritikpunkte. Hätten wir uns doch gewünscht, dass es eine andere Zufahrtsmöglichkeit gäbe oder dass die Parkplätze unterirdisch geplant worden wären. An die Firma Twerenbold hätten wir in diesem Rahmen zwei Anliegen: Es ist uns wichtig, dass die geplanten Wohnungen zu einem vernünftigen Preis vermietet werden, sodass auch Personen mit mittlerem oder niedrigem Einkommen eine Chance erhalten. Zum anderen bitten wir darum, für die zukünftigen Kunden die Anreise per ÖV attraktiv zu gestalten im Sinne der Anwohner und der Umwelt.

Allgemein stellt sich uns die Frage, warum die Stadt bei so einem langen Vorlauf und einer absehbar kontroversen Diskussion den Gemeinderat nicht früher einbezogen hat, zum Beispiel im Rahmen der Kommission Frauenfeld 2030. So hätten gewisse Punkte vielleicht schon im Vorfeld eingebracht werden können. Insgesamt überwiegt für uns jedoch die Förderung des Wirtschaftsstandorts Frauenfeld und wir befürworten, dass sich in der Stadt Frauenfeld ein attraktiver Arbeitgeber niederlassen möchte. In den letzten Jahren wurde in Frauenfeld viel Wohnraum geschaffen, aber kaum Arbeitsplätze. Und uns ist es wichtig, dass sich in den dafür vorgesehenen Zonen nicht nur der Wohnungsbau, sondern auch das Gewerbe entwickeln kann, damit Frauenfeld eine attraktive Stadt mit Arbeitsplätzen bleibt und nicht zur Satellitenschlafstadt für die Region Zürich verkommt. Unsere Fraktion steht grundsätzlich hinter dem geplanten Projekt mit gewissen Vorbehalten.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Es ist ein Geschäft, das man von zwei Seiten anschauen kann. Ich möchte Herrn Twerenbold auf der Galerie für seine Geduld und seinen Innovationsgeist, in Frauenfeld etwas zu machen, etwas zu bewirken, danken, obwohl ich diesem Geschäft sehr kritisch gegenüberstehe und dieses auch ablehnen werde. Aber zu Ihnen gesagt: Es ist nicht wegen Ihnen oder Ihrem Projekt, es geht mir um die andere Seite. Dafür sprechen würde eine sehr gute Firma, die Arbeitsplätze nach Frauenfeld bringen würde sowie Wohnbau. Dagegen spricht aber ganz klar die Strategie der Stadt. Geschätzter Herr Stadtpräsident, ich kann leider von Ihnen keine Taktik, wie Sie vorhin erwähnt haben, sehen, wie Sie das in der Stadt planen. Diese Parzelle ist eine der letzten Baulandreserven für unsere Stadt, die die Stadt besitzt, wo sie etwas abtauschen oder machen kann. Dies stört mich. Es wurde auch in Kurzdorf, in dieser Region kenne ich mich mit den Landverhältnissen gut aus, vonseiten der Stadt nicht wirklich etwas für einen Landzukauf gemacht. Es gab solche Möglichkeiten. Weiter stört mich wirklich sehr, dass die Zusammenarbeit mit der Schulgemeinde nicht tiefer gesucht wurde, diese Parzelle von gut 9'000 m² mit zusätzlichen 7'000 m² zu erweitern und eine grössere Parzelle zu machen, wo eine kluge Gesamtgestaltung getroffen werden könnte. Dazu kommt auch noch, dass ich im letzten Jahr eine einfache Anfrage zur Immobilienstrategie für die nächsten sieben Jahre der Stadt Frauenfeld gestellt habe. Leider habe ich bis heute noch keine schriftliche Antwort vom Stadtrat erhalten, was da läuft. Es wurde auch vor Jahren eine Stelle geschaffen für die Immobilien. Dort wurde uns erklärt, dass diese Stelle eine andere Funktion hat, als uns bei dieser Debatte beim Stellenplan verkauft wurde. Somit schliesse ich mein Votum.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Wie ich bereits gesagt habe, bin ich gegen den Verkauf des Grundstücks an Twerenbold Service AG. Ich halte dieses Geschäft für eine Zwängerei, die der Stadtrat gegen den Willen besorgter Anwohnerinnen und Anwohner durchdrücken möchte. Als Volksvertreter müssen wir die Befürchtungen und Einwände unserer Frauenfelder Mitbürger ernst nehmen. Dieses zugegebenermassen interessante Projekt ist am falschen Standort geplant, es gehört in ein Industriegebiet. Die zu erwartenden Lärmemissionen und der Ausstoss an Schadstoffen sind für die Quartierbewohner unzumutbar. Ich frage mich überdies, ob der Stadtrat bei diesem Projekt überhaupt an die „Frauenfeld Regio“ gedacht hat, für die er gern Werbung macht. Falls in unserer Stadt kein anderer Standort für Twerenbold möglich ist, müssen wir regionale Interessen berücksichtigen. Für den Reiseveranstalter ist verständlicherweise der nahe Autobahnanschluss sehr wichtig. Dieser wäre in einer unserer Nachbargemeinden auch gewährleistet. Früher hatten wir einen griffigen Slogan, der lautete „Stadt und Land miteneand“. Der

wirtschaftliche Aufschwung in der Kantonshauptstadt ist beeindruckend. Frauenfeld hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt. Deshalb meine ich, dass dieses Projekt nicht zwingend im Kurzdorf realisiert werden muss, sondern in der Region Frauenfeld irgendwo zwischen Müllheim, Märstetten, Matzingen und Gachnang/Islikon. Aus Rücksichtnahme auf die Anliegen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in grosser Sorge um ihr Wohnquartier an uns gelangt sind, bitte ich Sie, den Antrag des Stadtrats abzulehnen und dem Verkauf des Grundstücks an die Twerenbold Service AG nicht zuzustimmen.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Wir hatten in der Fraktion ursprünglich noch die Idee, Anträge zu Energiestandards zu stellen. Aber ich möchte das nun eigentlich nicht machen und darauf verzichten. Was ich aber trotzdem machen möchte in Anbetracht dessen, dass Herr Twerenbold hier im Raum sitzt und in der Hoffnung, dass er mir gut zuhört, möchte ich doch noch ein Plädoyer für bessere Energiestandards dieser Bauten machen. Es ist so, dass alle vom Klimawandel sprechen und niemand macht etwas. Wie Stadtpräsident Stokholm gesagt hat, wird in der Botschaft für diese Bauten der Minergie-Eco-Standard verlangt. Dazu habe ich hier im Rat schon ein paar Mal etwas gesagt. Ich arbeite in der Stadt Zürich an einem Ort, wo es darum geht, die Bauten so zu realisieren, dass sie zukunftsfähig sind. Und was wir hier in Frauenfeld machen, das reicht einfach nicht. Wenn ihr euch fragt, warum ich so auf diesen Minergiestandards herumhackle, kann man einfach sagen, das ist die einfachste Methode, wie in diesem konkreten Fall energieeffiziente Gebäude und Gebäude mit Solarzellen zu kombinieren. Solche Sachen waren genau in diesen Wettbewerbsprojekten drin. Wenn ich sage, der Minergie-Eco-Standard reicht nicht, geht es darum, dass man für Neubauten die bestmöglichen Standards machen muss. Und zwar muss man sich Reserven für die Sanierungen schaffen, denn das sind die Herausforderungen in der Zukunft. Wenn man das nicht macht, verspielt man diese Chance. Im Falle dieser Mehrfamilienhäuser wären das der Minergie P Eco oder der Minergie A Eco Standard gewesen. Das ist heute überhaupt nichts Besonderes mehr. Es gibt in der Schweiz Hunderte von Mehrfamilienhäusern mit Tausenden von Wohnungen, die so gebaut werden. Dieses konkrete Projekt ist perfekt nach Süden ausgerichtet, auf den Plänen im Wettbewerb hat man noch gesehen, sie wollten Solarzellen anbringen. Es wäre perfekt gewesen, einen dieser Standards umzusetzen. Auch für die Energiestadt Frauenfeld wäre das einmal etwas Gutes. Laut einschlägiger Minergie-datenbank stand heute in Frauenfeld für Mehrfamilienhäuser mit den besten Energiestandards: 0 Mehrfamilienhäuser mit 0 Wohnungen. Man könnte also etwas machen.

Das zweite, was mich stört, ist das mit dem Busterminal. Mit einem lapidaren Hinweis auf die grossen Garagentore sagte man, da könne man nichts machen. Ich bin der Ansicht, hier wurde unser Stadtpräsident falsch informiert. Ich nenne ein Beispiel, es gibt ganz viele solche Gebäude, zum Beispiel der Werkhof Thurgau ist voll mit solchen Garagentoren, ihn konnte man in Minergie bauen. Warum zum Teufel geht das bei diesem Gebäude nicht? Da frage ich mich also schon. Es ist nämlich so, dass im Wettbewerbsprojekt auch zu diesem Thema wirklich viele gute Sachen drin stehen im Siegerprojekt. Eine Solaranlage auf dem Dach ist extra erwähnt. Ich zitiere: „Die Busse sind im Standby-Betrieb elektrisch angeschlossen, die Motoren sind aus. Der Strom wird mit einer PV-Anlage auf dem Dach produziert und für Spitzen am Abend und am Morgen gespeichert.“ Auch dort ein Steilpass, den man aufzunehmen nicht bereit war. Ich finde das schade. Ich hoffe, dass Herr Twerenbold gut zugehört hat und den einen oder anderen Punkt aus meinem Votum aufnehmen wird.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP): Ich habe mich sehr gefreut über dieses Projekt, das gut durchdacht ist, das endlich wieder einmal Arbeitsplätze nach Frauenfeld bringt und das auch eine gute Lösung für die kostengünstigen und grossen Wohnungen vorschlägt. Ein grober Dämpfer hat meine Freude erfahren, als ich im Briefkasten das Kuvert mit den Unterschriften der Anwohner fand. Ich kann Ihnen sagen, wenn ich auf der Strasse gefragt worden wäre, ob ich unterschreiben würde, ich bin ziemlich sicher, ich hätte sofort unterschrieben, ich wäre da voll mit ihnen einiggegangen, auch wenn es nicht in meinem Quartier ist, wo ich wohne. Nachge-

doppelt hat dann dieser Artikel in der Zeitung am letzten Donnerstag. Ich verstehe diese Bedenken wirklich, aber besonders Sie, liebe Anwohner des Quartiers, beim guten Studieren der Unterlagen, beim Nachfragen zu diesen Punkten bin ich zur Überzeugung gekommen, dass ich wirklich mit gutem Gewissen hier stehen und Ihnen sagen kann, ich bin überzeugt, in zehn Jahren werden Sie zurückschauen und sagen, es ist nicht so schlimm gekommen, wie wir befürchtet haben. Im Gegenteil. Die Anwohnerin, die hier in der Zeitung sagt, sie werde weinen müssen und werde wegziehen müssen. Wenn ein Stück Land überbaut wird, weine ich jedes Mal auch mit, das ist wirklich schade. Aber wir sind eine wachsende Gesellschaft und wir müssen diesen Menschen Wohnraum und Arbeitsplatz zur Verfügung stellen. Es ist natürlich besonders traurig, wenn es vor der Haustür geschieht. Das ist mir vor vier Jahren auch ähnlich passiert. Aber besonders beim Wegziehen: Ich stehe da und bin wirklich überzeugt, dass diese Frau, die sagt, sie muss wegziehen, in zehn Jahren immer noch da wohnen wird. Und sie wird sagen, meine Wohnqualität hat sich nicht verschlechtert, sondern verbessert, denn den Lärm der Schaffhauserstrasse höre ich praktisch nicht mehr. Und vielleicht wird sie sogar sagen, eigentlich bin ich unterdessen recht stolz auf dieses Unternehmen, denn verschiedene Menschen aus meinem Bekanntenkreis sind in unmittelbarer Nähe losgefahren zu ihren Traumferien. Vielleicht haben sie vorher sogar noch bei mir vorbeigeschaut. Ich habe die Anliegen wirklich ernst genommen und ich stehe da und ich glaube, ich kann mit gutem Gewissen Ja stimmen und ich werde Sie hoffentlich damit nicht zu sehr enttäuschen.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP): Ich habe den Verlauf der Diskussion mit grossem Interesse verfolgt und ich bekomme immer wieder das Gefühl, dass Exponenten in diesem Saal eine eierlegende Wollmilchsau züchten wollen mit dem Ergebnis, dass diese eierlegende Wollmilchsau schlicht nicht überlebensfähig ist. Dies möchte ich an ein paar wenigen Beispielen verdeutlichen.

Wir hätten sehr gern namhafte, gute Firmen, welche sich in Frauenfeld niederlassen. Aber bitte weit weg von meinem Wohnort, egal ob in unmittelbarer Nähe eine Gewerbe/Wohnzone ist. Mein Handy ist mir sehr wichtig, der Handyempfang muss top sein, aber bitte keine Handyanenne in meinem Umfeld. Unterflurcontainer für die Abfälle sind eine gute Sache, aber ich bin nicht bereit, den Abfallsack 100 m weit zu tragen, der Abfallsack vor meinem Haus gehört schon gar nicht dorthin. Das regionale Gewerbe ist mir ein hohes Anliegen, die Geschäfte sollen florieren, aber das neue TV-Gerät kann ich nicht bis zum nächsten Parkhaus tragen, also fahre ich zur Ikea oder bestelle es per Internet und lasse es mir nach Hause liefern, notabene nicht vom lokalen Gewerbe. Wir verreisen gern, aber die Flugzeuge sollen über einem anderen Gebiet kreisen. Ein Busunternehmen in Frauenfeld würden wir begrüßen, aber nicht an der Schaffhauserstrasse nahe an einem Autobahnzubringer. Wir wollen eine florierende Stadt, wenn möglich ohne Steuererhöhung oder gar mit einer Senkung, wir wollen billige Wohnungen fördern, eine Badisanierung realisieren, den Verkehr aus der Innenstadt verbannen, Velowege bauen, den Fussgängern nicht den Schwerverkehr vor die Nase setzen, wir wollen das Kasernenareal attraktiv gestalten usw., aber mit welchen Mitteln bitte? Das Geld wächst auch mit einem grünen Daumen nicht auf den Bäumen. Die Stadt hat den Auftrag, optimale Rahmenbedingungen für die Realisation all dieser Vorhaben bereitzustellen. Ich bin der Überzeugung, dass der Stadtrat die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger und aller Parteien in seine Überlegungen miteinbezieht. Das vorliegende Projekt ist durchdacht, macht bezüglich Standort und Konzeptionierung sind. Es ist legitim, dass man ein Geschäft auf Gemeinderatsebene ablehnen kann, das ist der politische Alltag und damit muss eine Firma wie die Twerenbold Service AG leben können. Ich bin aber auch sicher, dass wenn wir über eine andere Nutzung der Parzelle wie zum Beispiel als Standort für den Werkhof oder die Feuerwehr verhandeln müssten, die gleichen Argumente für eine Ablehnung kommen. So à la i will's nöd, i will's überhaupt nöd und scho gar nöd da. Der Stadtrat hat, wenn er heute gut zugehört hat und davon gehe ich aus, die Befürchtungen der Anwohnerinnen und Anwohner gehört, die Voten des Gemeinderats gehört, und das gilt es auch für die weitere Planung zu berücksichtigen und nicht zu negieren. Damit meine ich vor

allem auch Lärmbelästigungen und die Verkehrsbelastung des Quartiers. Was aber aus meiner Sicht gar nicht geht, ist, dass der Gemeinderat in das operative Geschäft des Stadtrats eingreift, ja sogar über Vertragsinhalte debattieren möchte. Ist man mit der Arbeit des Stadtrats nicht zufrieden, kann man das im nächsten Frühling ja anders gestalten und Vertreterinnen und Vertreter wählen, welche den persönlichen Bedürfnissen besser entgegenkommen. Ich selber schenke dem Stadtrat das Vertrauen, ich unterstütze das Projekt und ich bitte, das auch so mitzutragen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Das vorliegende Projekt ist ein gutes Projekt, es ist auf den Standort und auf die Zone zugeschnitten, es bringt einen Mehrwert, es zeigt Frauenfeld als attraktiven Standort und die mit dem Projekt verbundenen allfälligen negativen Auswirkungen lassen sich mit gezielten Massnahmen entweder völlig eliminieren oder aber sind in einem zumutbaren Verhältnis. Deshalb beantragt der Stadtrat, das Geschäft anzunehmen. Nun möchte ich gern noch auf einige Voten Bezug nehmen.

Gemeinderätin Félicie Haueter hat das Zufahrtsregime über Einlenker Sonnenhofstrasse angesprochen. Es wurde im Rahmen des Projekts geprüft, ob eine direkte Zufahrt auf das Grundstück über die Schaffhauserstrasse möglich ist. Da gibt es zwei Schwierigkeiten, die dagegen gesprochen haben, weshalb man das nicht gemacht hat. Das eine ist, dass der Kanton sehr restriktiv ist, Einfahrten von Firmen direkt auf die Hauptstrasse zu bewilligen, wenn andere Möglichkeiten bestehen, das ist vorliegend der Fall, es bestehen andere Möglichkeiten. Zum anderen hätte man damit die behördenverbindlich geschützte Baumreihe und in die allgemein geschützte Naturwiese, die die Böschung ausmacht, eingegriffen. Man hätte zudem als drittes eine grosse Auffahrtrampe machen müssen, diese wäre ungefähr 40 m lang gewesen, damit die Busse diese überwinden können. Es wäre ein grosses Bauwerk nötig gewesen, das das gemeinsame Bespielen von links und rechts schwierig gemacht hätte. Deshalb hat man davon abgesehen, dieses Zufahrtsregime zu machen.

Was die Aussagen von Gemeinderat Marty betrifft, da gibt es einige Aussagen betreffend Lärm, der von dem Grundstück ausgeht. Wie gesagt, der Lärm wird vor allem über die Zu- und Wegfahrten produziert. Moderne Busse sind sehr leise, auch ist die ganze Bespielung des Grundstücks nur marginal im Verhältnis zum gesamten Verkehrsaufkommen durch Busse bestimmt. Weniger als 10 % der Zufahrten erfolgen durch Busse. Wenn man dort Ruhe haben möchte, müsste man schlicht und ergreifend auszonieren, wie es auch ein Vorschlag war, dass man dort zum Beispiel Biolandwirtschaft betreibt und einen kleinen Verkaufswagen aufstellt. Das wäre möglich, wir müssten dann 2.8 Millionen Franken abschreiben in unserem Vermögen und wir hätten kein Gewerbe angesiedelt an diesem Ort. An einem anderen Ort vielleicht, aber das Grundstück wäre für das, was es seit 32 Jahren bestimmt ist, nicht mehr zur Verfügung gestanden. Das war also für uns keine Alternative.

Gachnang hat man abgeklärt, Gachnang hat kein so grosses Grundstück zur Verfügung, welches sinnvoll wäre. Die anderen Orte, die Sie als mögliche Standorte genannt haben, dort ist der ÖV-Anschluss nicht in gleichem Mass vorhanden wie bei uns, was die dort verfügbaren Parzellen für Überbauungen oder für solches Gewerbe ausmacht. Kommt hinzu, dass im Betriebskonzept von Twerenbold ganz klar dieser Standort oder dann ein ausserkantonaler Standort als Auswahl gewesen wäre und kein weiterer im Thurgau.

Was den öffentlichen Verkehr betrifft, so ist die Anbindung des Grundstücks an den öffentlichen Verkehr eine der Auswahlkriterien von Herrn Twerenbold gewesen, um hierher zu kommen. Die Kundenzahl ist allerdings relativ marginal, man kann das vielleicht fördern, aber es sind 2-18 % je nach Saison der Bewegungen, die von den Kunden bestimmt werden, der Rest sind Anwohner und Mitarbeitende. Die Anwohner kann man natürlich analog allen Einwohnerinnen und Einwohnern von Frauenfeld animieren, den ÖV zu nutzen. Das ist selbstverständlich etwas, was wir seitens Stadt immer wieder machen.

Gemeinderat Christoph Tschanen hat die Budgetierung angesprochen. Das ist unsere Politik und das ist auch so vorgesehen in den Budgetierungsrichtlinien seitens Kanton. Sobald etwas geplant ist, ist es auch im Budget einzuplanen. Dasselbe gilt ja auch bei der Badi. Diese ist noch nicht bewilligt, es hat noch keine Volksabstimmung gegeben, aber wir müssen sie bereits in der Budgetierung berücksichtigen. Deshalb steht es drin.

Ich nehme zur Kenntnis, dass man gern eine Strategie möchte. Wir haben eine Strategie, aber ich glaube eher, wir sprechen da von verschiedenen Begriffen. Vielleicht ist es eher ein Liegenschaftskonzept, welches Sie möchten, das wäre für mich das Umfassende. Das nehme ich zur Kenntnis, auch wenn es von einer Seite kommt, die Konzepten gegenüber sehr kritisch begegnet ist, aber ich nehme das gern zur Kenntnis und wir nehmen das auch ernst, wir nehmen es nicht nur zur Kenntnis, wir werden es auch so erarbeiten, wir sind daran, die verschiedenen Bestandteile zu erneuern, wo es nötig ist, Zonenplan oder Liegenschaftenstrategie auf die Objekte bezogen bis hin zu einer Entwicklungsstrategie der städtischen Grundstücke.

Was die Anregung von Gemeinderat Pöll betrifft, weshalb wir nicht auf die Steilpässe aus dem Architekturwettbewerb eingegangen sind: Der Kaufvertrag wurde ein Jahr früher gemacht. Er wurde im März 2017 gemacht, der Architekturwettbewerb fand anschliessend statt. Herr Twerenbold wollte natürlich eine gewisse Sicherheit haben vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats und der Bevölkerung, bevor er in einen Architekturwettbewerb einstieg. Das konnten wir gut nachvollziehen, deshalb konnten diese Sachen natürlich nicht mehr einfließen, aber wir haben das selbstverständlich auch gelesen und freuen uns, wenn es auch so umgesetzt wird.

Kommission 2030 war noch eine Anregung. Wir müssen ehrlicherweise sagen, ursprünglich ist die Kommission 2030 dafür geschaffen, die Schlüsselprojekte zu diskutieren. Wir haben es aber in der Vergangenheit das eine oder andere Mal auch für allgemeine Diskussionen „missbraucht“, vielleicht muss man für das ein anderes Gefäss schaffen, wo der Gemeinderat sich in einer gewissen Grösse mit solchen Themen diskutierenderweise, also nicht schon entscheidenderweise auseinandersetzen kann.

Viele weitere Fragen. Ich hoffe, ich habe die wichtigsten jetzt tangiert und ich hoffe auf eine Zustimmung zum Geschäft.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Dieser Entscheid unterliegt dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der neuen Gemeindeordnung. Wer sich hier und jetzt für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – 9 Gemeinderäte haben sich für das Behördenreferendum ausgesprochen. So leid es mir tut, für das Behördenreferendum müssen es zwölf Stimmen sein. Das fakultative Referendum bleibt bestehen. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt morgen am 20. September 2018 und endet am 5. November 2018.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Hat es noch Motionen oder Interpellationen im Umlauf, die eingereicht werden möchten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 24. Oktober 2018 und 18 Uhr statt.

Mein Dank geht an euch, dass ihr so lange ausgehalten habt und hart aber fair miteinander diskutiert habt, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck, an Herbert

Vetter und das Team der Stadtkanzlei für die tolle Vorbereitung, diese war diesmal sehr deutlich und vielseitig. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen allen einen schönen Feierabend.

- - -

Schluss der Sitzung: 22:10 Uhr
